Markus Roth

Herrenmenschen

Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen - Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte

Wallstein

Jena Center
Geschichte des 20. Jahrhunderts
20th Century History

Beiträge zur Geschichte
des 20. Jahrhunderts

Herausgegeben von
Norbert Frei

Band 9

Markus Roth

Herrenmenschen

Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen – Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte

WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit Unterstützung
der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung
und der Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung
für Geisteswissenschaften in Ingelheim am Rhein

Bibliografische Information der deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

2. Auflage 2009
© Wallstein Verlag, Göttingen 2009
www.wallstein-verlag.de
Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond
Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf
unter Verwendung folgender Abbildungen
(von links oben im Uhrzeigersinn): Narodowe Archiwum Cyfrowe,
Dokumentationsarchiv Österreichischer Widerstand, Foto: Hubert Pfoch,
Polska Agencja Prasowa, United States Holocaust Memorial Museum
Druck: Hubert & Co, Göttingen

ISBN (Print) 978-3-8353-0477-2
ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-0728-5

Inhalt

Einleitung 7

I. Herrenmenschen »im Osten« 28
Deutsche und Polen 29 – Deutsche und Juden 45 – Lebensstil und Selbstbild 50 – Korruption und Vetternwirtschaft 57

II. Die deutsche Zivilverwaltung im besetzten Polen 65

1. Der bürokratische Apparat 65
Die Kreis- und Stadthauptmannschaften 69 – Die Regierung in Krakau und die Distrikte 80 – Die polnische und ukrainische »Selbstverwaltung« 83

2. Personalrekrutierung und Vorkriegskarrieren 87
Abordnungen aus dem Reich 92 – Eigene Bewerbungen 94 – Rekrutierung aus dem Besatzungsapparat 101 – Das Personal der Kreishauptmannschaften 110

III. Die Herrschaftspraxis der Kreishauptleute 119

1. Deportation polnischer Arbeitskräfte 119
»Freiwillige« Rekrutierungen 123 – Wende zur Gewalt 127 – Permanente »Erfassung« 132 – Ausweitung und Reorganisation 134 – Kreishauptleute machen Besatzungspolitik 138

2. Ausbeutung der Landwirtschaft 152
Initiativen der Kreishauptleute 156 – Allgemeine Verschärfung 160

3. Verfolgung und Ermordung der Juden 175
Ghettoisierung 178 – Übergang zum Massenmord 192 – Mordaktionen 201 – Nach den Deportationen 220 – Holocaust und Öffentlichkeit 225 – »Komplicen im welthistorischen Sinne« 231

IV. Selbstdeutungen im Zeichen der Niederlage 235
Das Kriegsende 248 – Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus 253 – Internierung 261 – Gegenwartskritik 268 – Propaganda aus dem Untergrund 273

V. Politische Abrechnung nach 1945 282

1. Entnazifizierung 282
Der Fall Nehring 283 – Der Fall Doering 289 – Der Fall Losacker 290 – Die Kreis- und Stadthauptleute und die Entnazifizierung 300 – Eine vorläufige Bilanz 307

2. Auslieferung und Prozesse in Polen 311
Die polnischen Ahndungsbemühungen 311 – Kreishauptleute vor dem Auslieferungstribunal 320 – Vor Gericht 330 – In Haft 339

3. Ermittlungen in der Bundesrepublik 344
Vom Zufallsprinzip zur systematischen Ermittlungstätigkeit 345 – Typische Probleme 349 – Das Verfahren gegen Hans-Adolf Asbach 354 – Der Prozess gegen Joachim Nehring 372 – Die Verfahren gegen Walter Gentz und Friedrich Schmidt 379 – Eine Bilanz 384

VI. Nachkriegskarrieren 388
Wiedereinstiege in die Verwaltung 388 – Netzwerke und Karrieren in der Justiz 392 – Vom Kreishauptmann zum Landesminister: Hans-Adolf Asbach 396 – Jenseits von Verwaltung und Justiz 409 – Peter Grubbe alias Claus Peter Volkmann 412 – Erinnerungen und Selbstrekonstruktionen 416

Schluss 426

Dank 439

Tabellen 441

Kurzbiographien 456

Quellen und Literatur 514

Abkürzungen 545

Namenverzeichnis 548

Ortsverzeichnis 553

Einleitung

»Öde, leer, trostlos, ein zerschossener Bahnhof, Dreck, Gestank, Gesindel, eine fremde Sprache, kaum ein Wort Deutsch, das war der erste Empfang.«[1] Ablehnender konnte das Urteil über Krakau kaum ausfallen. Heinz Doering, kurz zuvor noch Landrat im bayerischen Mühldorf, war erst wenige Tage in der Hauptstadt des Generalgouvernements, als er seiner Mutter im April 1943 diese Eindrücke schilderte. Widerwillig war er mit seiner Frau der Abordnung in »den Osten« gefolgt, angewidert angesichts »all dieses östlichen Halbmenschentums«. Das frischvermählte Paar verachtete Land und Leute, und daran änderte sich auch nach den ersten Schritten in der Stadt nichts. Nur mühsam fanden sie eine Unterkunft, die Doering seiner Mutter in den schwärzesten Farben schilderte: »Das Loch war schwarz vor Dreck und stank. Der Putz blätterte ab, das Waschbecken war zerbrochen, die eisernen Bettstellen anscheinend in irgend einer Kaserne ausrangiert, in die Matratzen hatten den Flecken nach ganze Generationen hineingeschissen.« Doch damit nicht genug, Doering erfuhr auch noch, dass sein neuer Vorgesetzter nichts von der Abordnung wusste und in seiner Behörde auch niemanden brauchte. Am Abend des ersten Tages war das Paar der Verzweiflung nahe.

Doch rasch hellte sich das trübe Bild ein wenig auf: Der Personalchef war informiert und erfreut über Doerings Ankunft, da dieser dringend benötigt werde. Seine Frau fand sogleich eine Stelle als Stenotypistin in der Verwaltung. Sie erhielten ein Zimmer im Gästehaus der Regierung und wurden auch mit den angenehmen Seiten des Lebens als Reichsdeutsche im besetzten Polen vertraut, so dass Doering seinen ersten Brief aus Krakau an seine Mutter gutgestimmt abschloss: »Lass Dir nichts abgehen! Wir sind hier so reichlich mit allem versorgt, dass wir uns gegen das Altreich wie im Paradies vorkommen und bestimmt nichts brauchen.« Die materiellen Vorteile des »Osteinsatzes« versöhnten die Doerings zunehmend mit ihrer neuen Situation; sie bekamen Wohnung, Möbel, Wäsche und vieles mehr gestellt, genossen eine gute Bezahlung, von der sich bestens leben ließ und sie nebenbei noch Vermögen aufbauen konnten.[2] So wichtig Doering das persönliche Wohl auch war, in ers-

1 Brief von H. Doering an seine Mutter, 28.4.1942, in Privatbesitz. Die folgenden Zitate ebenda.

2 Brief von H. Doering an seine Mutter, 5.5.1942. Folgendes Zitat ebenda.

ter Linie sah er sich doch in einer historischen Mission: »Vor allem sind wir ja nicht zum Spass hier, sondern als Kolonisten.«

Schnell fand er sich in die neue Arbeit und Umgebung ein, wo vieles anders lief als im Reich. Nicht alle deutschen Beamten waren derart durchdrungen von einer großen Mission, für viele standen allein die persönlichen Vorteile im Vordergrund. Schon in den ersten Tagen lernte Doering zahlreiche solche Fälle kennen und berichtete davon sogleich nach Hause: die Korruptionsaffäre um einen Gouverneur, Unterschlagungen durch einen Stadthauptmann und anderes mehr. »Was man hier zu sehen bekommt«, resümierte er, »ist vielfach Etappe im übelsten Sinne des Wortes.«[3] Trotz dieser Klagen und tiefen Einblicke in den Sumpf des deutschen Besatzungsmilieus erkannte er seine eigenen Vorteile. Diese Verhältnisse boten dem, der sie zu nutzen verstand, auch auf legalem Wege viele materielle Vorteile sowie bessere und schnellere Aufstiegsmöglichkeiten. Bereits nach zwei Wochen wurde Doering Abteilungsleiter, sein eigentliches Ziel war und blieb jedoch, als Kreishauptmann die Verwaltung eines ganzen Kreises selbstständig zu führen. Bis dahin sollte es aber noch mehr als ein Jahr dauern.

Deutschen, die ins Generalgouvernement kamen, zumal wenn sie in der Verwaltung arbeiteten, konnten der Charakter und die Folgen der Besatzungspolitik nicht lange verborgen bleiben. Verbreitete Polenfeindlichkeit und tiefsitzender Antisemitismus bestimmten den Blick; zusätzlich schien die Praxis dadurch legitimiert, dass man sich im Krieg befand. Lediglich ein zweckrationales Kalkül konnte bei vielen zwischenzeitliche Abweichungen vom radikalen Kurs rechtfertigen, wie Doering seiner Mutter keine zwei Wochen nach seiner Ankunft auseinandersetzte. »Es ist eben Krieg«, schrieb er, »und man ist[,] wenn auch in der Etappe, so doch im eroberten feindlichen Gebiet. Darüber täuscht auch die hündisch kriechende Höflichkeit, mit der einem die Polen ins Gesicht tun, nicht hinweg. Hinter dem Rücken sind sie immer noch gefährlich. Man ist wohl auch zu nachsichtig mit ihnen, wenigstens werden sie schon wieder frech wie Dreck. Auf der anderen Seite hat man wenigstens vorläufig, die Politik der Verdrängung u. Ausrottung aufgeben müssen, weil wir nicht genug Menschen haben und die Polen daher vorerst noch zum Arbeiten brauchen. Wer sollte sonst hier zum Beispiel die Felder bestellen.«[4]

3 Brief von H. Doering an seine Mutter, 11.5.1942. Zum Folgenden ebenda.
4 Brief von H. Doering an seine Mutter, 5.5.1942.

Das war kein abstrakter Radikalismus, formuliert in einem behaglichen Büro. Vielmehr sahen die Besatzer die Konsequenzen einer solchen Einstellung, sahen die Not und das Elend der Bevölkerung Tag für Tag hautnah: »Immer wieder begegnen einem im Strassenbild Kinder u. Erwachsene in dem Zustande tollster Zerlumptheit u. Verkommenheit, wie wir sie im Reich selbst in den übelsten Zeiten nie zu sehen bekamen. […] [H]ier sieht man Leute, die nur noch mit irgendwelchen zusammengelesenen Fetzen im letzten Stadium der Auflösung bekleidet sind. Grau im Gesicht, halbverhungert.«[5] Mitleid oder Einsichten in den Unrechtscharakter des Besatzungsregimes ließ die Ideologie nicht zu. Im Gegenteil: Sie half, derartige zaghaft aufkommende Anwandlungen durch eine konstruierte Notwehrsituation abzuwehren; Doering schloss seine Beobachtungen mit einer Feststellung, die alle etwaigen Zweifel im Keim erstickte: »So wäre es uns ergangen, wenn dies Gesindel gesiegt hätte.« Was für die Polen galt, traf auf die Juden umso mehr zu. Ihre Ermordung war ein offenes Geheimnis im Generalgouvernement, von dem unumwunden und kaum verklausuliert mit einiger Zufriedenheit nach Hause berichtet wurde: »An der nächsten Strassenecke tut ein Trupp jüngerer Leute so, als ob er Strassen kehren wollte. Sie lachen u. lärmen. Eine weisse Armbinde mit blauem Stern: Juden, oft noch in Pelzmänteln u. anderen Spuren verblichener Pracht. Die nehmen jetzt rasch ab.« Die deutschen Beamten, speziell die Kreis- und Stadthauptleute, waren keine bloßen Beobachter einer von anderen in Gang gesetzten Politik – sie selbst gestalteten sie von Anfang an in entscheidendem Maße.

Rückblende: Radom im November 1939. Gut einen Monat nach Gründung des Generalgouvernements trafen sich die Kreis- und Stadthauptleute des Distrikts, um Generalgouverneur Hans Frank, ihrem Chef, von ihrer Arbeit in den ersten Wochen zu berichten. Als Erster ergriff Karl Glehn das Wort, wie Doering als Landrat in »den Osten« abgeordnet. Noch im Stichwortprotokoll kommt der Stolz zum Ausdruck, mit dem er eine erste Zwischenbilanz seiner »Pionierarbeit« präsentierte: »Am Anfang ein Chaos. Aus Fabriken alles raus, Arbeiter auf der Straße, Diebstähle, gesunder Boden für Juden, Schleichhandel, Preistreibereien. Alles muß geregelt werden. Im Mittelpunkt der Landrat, er war Polizei-Organisation, war Richter, mußte bis Todesstrafe gehen. Eigene Industrie- und Handelskammer, mußte jüdischen Handel

5 Brief von H. Doering an seine Mutter, 5.6.1952. Die folgenden Zitate ebenda.

arisieren.«[6] Die Stoßrichtung war klar: Ausbeutung des Landes und der Bevölkerung zugunsten des Deutschen Reiches sowie Diskriminierung und Verfolgung der Juden, wo immer sich die Möglichkeit dazu bot. Dementsprechend war Glehns Ansinnen von Anfang an, Wirtschaft und Landwirtschaft wieder in Gang zu bringen und Schleichhandel mit drakonischen Strafen zu unterbinden. Bei alldem sollte aber das Wohl der Deutschen vor Ort nicht vergessen werden. Für sie richtete er einen Gasthof ein, organisierte ein Kino und Ausflüge. Vor derartige Herausforderungen war ein preußischer Landrat nicht gestellt, geschweige denn, dass er auch nur annähernd so umfassende Gestaltungsmöglichkeiten gehabt hätte. Das war zur Zufriedenheit Glehns, der seinen Vortrag mit den Worten schloss: »Arbeit macht viel Freude.«

Der Handlungsspielraum der Kreishauptleute war so groß, dass Glehn sich vor dem Generalgouverneur damit rühmen konnte, sich selbst zum Richter erkoren und die Todesstrafe verhängt zu haben – das ging selbst unter den damaligen Bedingungen weit über alles hinaus, was einem Verwaltungsbeamten zustand. Kollegen berichteten von ähnlichen Eigenmächtigkeiten, beim Generalgouverneur rannten sie offene Türen ein: Hans Frank sprach sich explizit gegen einen geordneten Aufbau zugunsten der Polen aus und forderte sie auf, mit harter Hand zum Wohle des Reiches zu herrschen, anstatt auf akkurate Verwaltungsarbeit zu achten. Frank goutierte die Kompetenzüberschreitungen und Abweichungen von der Norm ausdrücklich und bestärkte die Kreishauptleute darin: »Die Dinge liegen so, wenn dieses Gebiet nun schon der erste Vorstoß in eine völlig neue Verwaltungsmethode innerhalb der deutschen Siedlung darstellt, haben wir alle ein Recht, daß wir alle Erfahrungen sammeln und zunächst jeder einmal sieht, daß er seinen Weg selbst baut. Und ich bin der Meinung, bauen Sie ruhig den Weg sich weiter. Keine Sorge, daß ich irgendwie durch theoretische Zusammenfassungen nur erneut Unordnung schaffen werde.« Er garnierte seine Ermunterungen zu selbstständigem Handeln mit markigen Erläuterungen zur grundsätzlich polen- und judenfeindlichen Ausrichtung der Besatzungspolitik, die radikale Vorreiter unter den Kreishauptleuten nur als Bestärkung und bislang zurückhaltende Verwalter als kaum verblümte Aufforderung verstehen konnten: »Lieber die Polen hier der völligen Vernichtung preisgeben, als daß ein Pole in Deutschland bleiben soll. […] Deutsche und

6 Protokoll der Tagung der Kreishauptleute, Oberbürgermeister und Stadtkommissare des Distrikts Radom, 25.11.1939, BAL, B 162/Dok.-Slg. Polen, Ordn. 344, Bl. 447 f. Die folgenden Zitate ebenda, Bl. 449, 458 u. 456 f.

Volksdeutsche mit eiserner Entschlossenheit sichern, daß die Polen niemals wieder wagen werden, einen Deutschen anders anzusehen als die Herren. Dieses erste Ziel verlangt daher von uns, daß die gesamte Verwaltung darauf eingestellt ist, den Polen hier zu unterdrücken, der aus dem Reiche kommt.«

Die Ziele waren damit von Anfang an vorgegeben, die Methoden wählten die Kreishauptleute oft selbst. Von oben ließ man sie gewähren, ermunterte sie zum Teil und hieß radikale Initiativen nachträglich gut. Ausbeutung, Gewalt, Repression und Mord charakterisierten die Besatzungsherrschaft. Träger, zum Teil auch Vorreiter dieser Politik waren in entscheidendem Maße die Kreis- und Stadthauptleute. Wer aber waren die Männer, die eine so hohe Bedeutung für die Herrschaftspraxis hatten? Liegen die Wurzeln für ihr Verhalten auch in ihrer Biographie begründet? Damit ist bereits ein Teil der Fragen angerissen, die diese Arbeit beantworten will. Glehn und Doering sind nur zwei, aber durchaus typische Beispiele aus einer Gruppe von rund 130 Männern, die während der Besatzungszeit die Praxis in ihren Kreisen prägten.

In der weit überwiegenden Zahl waren sie Kinder des Kaiserreichs und wurden in die autoritär geprägten Verhältnisse der Vorkriegszeit geboren. Zu fast zwei Dritteln gehörten sie der sogenannten Kriegsjugendgeneration an, zu jung also, um aktiv am Ersten Weltkrieg teilzunehmen, alt genug aber, um diesen intensiv zu verfolgen und die eigene Nichtteilnahme als verpasste Bewährungschance zu begreifen. Ob das aber eine wesentliche Erklärung radikalen Verhaltens sein kann, wie in der Forschung in den letzten Jahren im Anschluss an Sebastian Haffners Interpretation im britischen Exil betont worden ist, gilt es zu klären.[7] Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen entstammten die Kreishauptleute einem mittelständischen, bürgerlichen Milieu ohne regionale Schwerpunkte in der Herkunft. Sie wuchsen in relativ gesicherten Verhältnissen auf und genossen in der Regel eine gute Schulbildung, 100 von ihnen erwarben die Hochschulreife und studierten anschließend zu mehr als neunzig Prozent Rechtswissenschaft; mehr als die Hälfte promovierte schließlich noch. Der Einstieg in den Beruf gelang ihnen trotz aller Krisenerscheinungen der Zeit meist reibungslos, teils noch zu Zeiten der Weimarer Republik, teils erst nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Und etwas mehr als die Hälfte der Kreishauptleute wählte den Weg in die Verwaltung, die anderen entschieden sich für den Beruf des Rechtsanwalts, ar-

7 Vgl. Haffner, Geschichte, S. 17 ff. Zur Altersstruktur der Kreishauptleute vgl. Tabelle 7 im Anhang.

beiteten bei der Gestapo und anderen NS-Organisationen oder in der Industrie. Für kaum einen bedeutete die Machtübernahme 1933 einen Karriereknick, so manche Karriere erhielt dadurch gar einen Schub nach vorne. Die Kreishauptleute waren also eine sozial sehr homogene Gruppe, was angesichts ihrer Position in der Verwaltung zunächst wenig überrascht. In ihrer sozialstrukturellen Zusammensetzung dürften kaum Antworten auf die Grundfragen dieses Buches zu erwarten sein.

Fragestellung und Aufbau

Die Arbeit versteht sich als empirischer Beitrag zur Erforschung der deutschen Besatzungspolitik in Polen, zur sogenannten Täterforschung sowie zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945. Vereinfacht lässt sich die Fragestellung auf zwei Punkte bringen: Wie und warum wurden die Kreis- und Stadthauptleute zu radikalen Vollstreckern und Vorreitern einer extrem brutalen Herrschaftspraxis? Und wie lässt sich ihre fast umstandslose und meist geräuschlos vollzogene Reintegration nach 1945 erklären? Diese und andere Fragen werden auf breiter empirischer Basis mit Hilfe einer Mischung aus einem kollektivbiographischen und einem institutionellen Ansatz untersucht. Erst in der Kombination dieser beiden Zugriffe lassen sich Charakter und Mechanismen der NS-Besatzungsherrschaft hinreichend erschließen sowie die hohe Bedeutung und die Rolle der Kreis- und Stadthauptleute voll erfassen.

Eine institutionelle Herangehensweise ist unabdingbar, um die Kräfteverhältnisse der verschiedenen, bisweilen miteinander konkurrierenden Besatzungsapparate zu bestimmen. Die Institution Kreishauptmannschaft war Basis der Herrschaftspraxis der Kreishauptleute. Das institutionelle Gefüge im Generalgouvernement, die eigene Behörde, ihre Möglichkeiten und Zuständigkeiten stellten in wesentlichen Teilen den Rahmen für ihre Handlungsspielräume dar. Wie dieser Rahmen im Einzelnen ausgefüllt oder auch überschritten wurde, hing sehr stark von der Persönlichkeit des Kreishauptmanns ab. Deshalb kommt einem kollektivbiographischen Ansatz hohe Bedeutung zu, weil erst mit ihrer Hilfe manche Mechanismen der Radikalisierung, ihre Dynamik sowie ihre Vorreiter in vollem Umfang in den Blick geraten. Eine Kollektivbiographie bietet den Vorteil, über die gesamte Gruppe Aussagen treffen zu können, und zugleich die Möglichkeit, anhand einzelner Biographien Typisches oder auch Atypisches zu vertiefen und zu illustrieren.

In den ersten drei Kapiteln richtet sich der Blick auf die Besatzungszeit, angefangen bei einer Untersuchung der Herrenmenschen und der

Besatzungsgesellschaft »im Osten«. Zu fragen ist hier nach den mentalen und ideologischen Dispositionen der Kreishauptleute, mithin nach ihren Polen-, Juden- und Selbstbildern und den Veränderungen und Radikalisierungsprozessen, denen sie unterlagen. Daran anschließend werden Aufbau und Strukturen der Verwaltung ebenso wie die Personalrekrutierung und die Vorkriegskarrieren der Kreishauptleute untersucht. Wesentlich sind dabei die Handlungsspielräume, wie sie den Kreishauptleuten »von oben« eingeräumt und in eine institutionelle Form gegossen wurden. Im dritten Kapitel gilt es, diese Handlungsspielräume anhand der zentralen Felder deutscher Besatzungspolitik – Deportation polnischer und ukrainischer Arbeitskräfte, Ausbeutung der Landwirtschaft sowie Verfolgung und Ermordung der Juden – zu analysieren. Die Kreishauptleute zeichneten sich durch ein hohes Maß an Initiativfreudigkeit aus und lenkten die Besatzungspolitik im Laufe der Zeit in eine zunehmend radikalere Richtung, wobei sie bisweilen ihre Kompetenzen weit überschritten. Welche Rolle spielten bei den Vorreitern eines harten Kurses ideologische Motive und mentale Dispositionen oder auch gerade spezifische biographische Hintergründe? Inwiefern war dynamische Radikalisierung in der Verwaltungsstruktur angelegt? Darüber hinaus ist nach Wechselwirkungen zwischen deutschen Machthabern und polnischem Widerstand und deren Bedeutung für die Radikalisierung zu fragen.

Die drei weiteren Kapitel beleuchten die ersten Jahre unmittelbar nach Kriegsende. Das vierte Kapitel schlägt die Brücke in die Nachkriegszeit und zeichnet den erst schleichenden, dann rapiden Niedergang der Kreishauptleute nach, der etwa 1943 begann und in die totale soziale Deklassierung nach Kriegsende mündete. Innerhalb kurzer Zeit zerfiel die Machtvollkommenheit der Kreishauptleute, und sie fanden sich in den Internierungslagern der Alliierten wieder, in eine ungewisse Zukunft blickend. Das fünfte Kapitel widmet sich der politischen Abrechnung nach 1945. Die Entnazifizierung der einstigen Besatzer wird anhand von Fallbeispielen sowie in einer kollektivbiographischen Analyse ebenso untersucht wie die Auslieferung an Polen und die dortigen Prozesse. In erfahrungsgeschichtlicher Perspektive ist vor allem nach der Reaktion der Kreishauptleute und ihrer Selbsteinschätzung ihrer Situation nach Kriegsende zu fragen: Welche Wirkung hatten Machtverfall, Internierung, Entnazifizierung und die drohende Auslieferung an Polen auf sie? Waren ideologische Verhärtung und Radikalisierung die Folge oder wurde ein Prozess des Umdenkens in Gang gesetzt? Wie stellten sich Anpassungs-, Verleugnungs- und Selbstdeutungsprozesse der Kreishauptleute dar und

welche Bedeutung hatten sie? Im Zusammenhang mit Entnazifizierung und Auslieferung erhebt sich überdies die Frage nach dem Bild, das die ermittelnden Instanzen von der deutschen Besatzungsherrschaft im Allgemeinen und von dem Anteil der Zivilverwaltung und der Kreishauptleute im Besonderen hatten.

Der wiedergewonnene soziale Status und die berufliche Position in der Bundesrepublik konnten vor allem ab Ende der fünfziger Jahre gestört werden, denn im Zuge der systematischen und vermehrten Ahndung nationalsozialistischer Verbrechen führte die Justiz auch zahlreiche Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Kreishauptleute. Wie reagierten die Kreishauptleute auf die potentielle Bedrohung ihrer bürgerlichen Existenz? Formierten sie Netzwerke oder Schweigekartelle und wie ging dies vonstatten? Wo lagen Grenzen und Möglichkeiten der Ermittlungsbehörden? Wie war ihr damaliger Kenntnisstand über die deutsche Besatzungsherrschaft in Polen? Gab es öffentliche Resonanz und wie sah sie aus?

Mit der Untersuchung der Karrierewege der ehemaligen Besatzer-Elite in der Bundesrepublik im letzten Kapitel schlägt die Studie den Bogen bis in die Gegenwart. In den ersten Jahrzehnten nach 1949 gestalteten die alten NS-Funktionärseliten in erheblichem Maße die Bundesrepublik. Die Kreishauptleute stellten hier keine Ausnahme dar, machten sie doch zum Teil beachtliche Karrieren. Sie passten sich den neuen Verhältnissen sehr erfolgreich an. Zu fragen ist allerdings, ob sich die radikalen Besatzer wirklich tiefgreifend gewandelt oder nur oberflächlich angepasst haben. Es stellt sich die Frage nach den Bedingungen ihrer zweiten Karrieren, danach, wie sie den Einstieg in ihre Laufbahn fanden und welche Rolle dabei ihre Vergangenheit spielte. Welches Bild hatten sie von sich und ihrer Tätigkeit im besetzten Polen und welche Vorstellungen davon herrschten in der Gesellschaft vor?

Forschungsstand

Eine Vielzahl von Monographien und Aufsätzen hat bereits viele Facetten deutscher Besatzungspolitik in Polen ausgeleuchtet, anfangs vor allem auf die Krakauer Zentrale und deren Konflikte mit der SS konzentriert.[8] Grundzüge des Verwaltungsaufbaus, schon während der Militärverwaltung, sind seit den siebziger Jahren erforscht.[9] Der Anteil der Kreis- und

8 Broszat, Polenpolitik; Eisenblätter, Grundlinien.

9 Umbreit, Militärverwaltungen; Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 7-43; Majer, »Fremdvölkische«.

Stadthauptleute an der NS-Besatzungspolitik ist jedoch erst in den letzten Jahren und nur in Teilen untersucht worden. Der Fokus lag dabei in erster Linie auf ihrem Anteil an der Verfolgung und Ermordung der Juden. Empirische Studien über Karrierewege deutscher Besatzungsfunktionäre vor und nach 1945 gibt es hingegen nicht.

Eine größere Zahl empirischer Studien erschien nach dem Sturz der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa und der damit einhergehenden Öffnung der Archive. Den Anfang machten 1991 Götz Aly und Susanne Heim mit ihrer vieldiskutierten Studie über die »Vordenker der Vernichtung«, in der sie vor allem die Riege junger Experten in den Blick nahmen, die am Reißbrett Pläne für eine rassische »Neuordnung« Europas entwarfen. In einer Reihe von Regionalstudien konnten, unter Einbezug der nach 1945 geführten Ermittlungsverfahren, neue Erkenntnisse gewonnen worden. 1993 publizierte Dieter Pohl eine wegweisende Monographie über die Verfolgung und Ermordung der Juden im Distrikt Lublin.[10] Pohl ging erstmals auf den erheblichen Beitrag der Kreis- und Stadthauptleute zum Mord an den Juden ein. 1996 folgten zwei Arbeiten über den Distrikt Galizien, wiederum beschränkt auf den Holocaust in dieser Region.[11] Mit Bogdan Musials Dissertation über die »Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement« erschien 1998 erstmals eine Arbeit, die sich auf die Zivilverwaltung konzentrierte und den Kreis- und Stadthauptleuten einen erheblichen Umfang einräumte. Doch auch Musial beschränkte sich mit dem Distrikt Lublin auf nur einen der insgesamt fünf Distrikte und blendete andere Felder der deutschen Besatzungspolitik aus.[12] In jüngster Zeit erschienen zwei Monographien, die den Distrikt Radom untersuchen: Jacek Andrzej Młynarczyk (2007) folgte den vorangegangenen Regionalstudien insofern, als er ausschließlich Verfolgung und Ermordung der Juden in den Blick nimmt. Allerdings erweitert er den Focus um Reaktionen und Perspektiven der Opfer und der Zuschauer.[13] Robert Seidel kommt das Verdienst zu, in seiner Studie (2006) neben der Terror- und Vernichtungspolitik auch die Wirtschaftspolitik und die Ausbeutung polnischer Arbeitskräfte untersucht zu haben.[14]

Sehr viel umfangreicher als die deutsche ist die polnische Forschung zur Besatzungspolitik. Unmittelbar nach Kriegsende machten sich polni-

10 Pohl, »Judenpolitik«.
11 Pohl, Judenverfolgung; Sandkühler, »Endlösung«.
12 Musial, Zivilverwaltung.
13 Młynarczyk, Judenmord.
14 Seidel, Besatzungspolitik.

sche Historiker an die Untersuchung der deutschen Verbrechen in Polen und veröffentlichten bald schon erste Ergebnisse. Eine Reihe von Monographien widmet sich den Grundzügen deutscher Besatzungspolitik wie auch Einzelaspekten.[15] Bereits früh setzte in Polen eine regional- und lokalgeschichtliche Forschung zu Krieg, Besatzung und Vernichtung ein. Diese qualitativ stark variierenden Arbeiten, meist Aufsätze, legten zunächst den Schwerpunkt auf die Unterdrückung der polnischen Bevölkerung und ihren Widerstand. Spätestens seit den neunziger Jahren jedoch hat sich das Themenspektrum erweitert, und die Arbeiten haben ein zum Teil beachtliches Niveau erreicht.

Zu den einzelnen Feldern der NS-Politik im Generalgouvernement liegen ebenfalls polnischsprachige Monographien und Aufsätze vor. Unmittelbar nach Kriegsende begannen Forscher mit der Aufarbeitung der Verfolgung und Ermordung der Juden im besetzten Polen, publizierten Quellen und Aufsätze hierzu. 1953 legte Artur Eisenbach die erste Gesamtdarstellung des Judenmords vor, in der die Ereignisse in Polen im Vordergrund stehen.[16] Eine Reihe noch heute weitgehend gültiger Aufsätze von Wissenschaftlern des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau behandelten in den fünfziger Jahren systematisch die Verfolgung und Ermordung der Juden in den einzelnen polnischen Regionen.[17] Nach der Antisemitismus-Welle von 1968 und dem Exodus der meisten Juden aus Polen erlebte die bis dahin vor allem von jüdischen Historikern betriebene Holocaust-Forschung einen weitgehenden Stillstand. Das änderte sich nach dem politischen Umsturz 1989 grundlegend. Nun widmeten sich Wissenschaftler wieder der regionalen Forschung, griffen tabuisierte Themen wie Antisemitismus und Kollaboration der polnischen Bevölkerung auf und brachen die bis dahin weitgehend wirksame Isolation polnischer Zeitgeschichtsschreibung auf, indem Archivalien im westlichen Ausland und die dortige Forschung breiter rezipiert wurden.[18]

Die Rekrutierung und Deportation polnischer Arbeitskräfte ist in den meisten Werken über die deutsche Besatzungspolitik ein wichtiges The-

15 Madajczyk, Okkupationspolitik; Łuczak, Polityka.

16 Eisenbach, Polityka. In dieser Arbeit wurde die überarbeitete Fassung von 1961 benutzt.

17 Vor allem: Berenstein, Eksterminacja; dies., Martyrologia; Brustin-Berenstein, Deportacje; Podhorizer-Sandel, O zagładzie; Rutkowski, Martyrologia.

18 Zum Beispiel Radzik, Lubelska dzielnica; Kopciowski, Zagłada; Urbański, Zagłada; Piątkowski, Dni; Engelking, »szanowny panie gistapo«; Grabowski, »Ja tego Żyda znam!«; Polacy i Żydzi; Prowincja noc.

ma. Zudem erschienen seit den sechziger Jahren etliche Spezial- und Regionalstudien hierzu.[19] Die westliche Forschung hat dieses Thema bis dato vernachlässigt und sich vornehmlich der Lage der polnischen Arbeitskräfte im Deutschen Reich und ihrer Bedeutung für die Kriegswirtschaft gewidmet, weniger jedoch der Rekrutierungspraxis in Polen. Die nach wie vor umfangreichste Studie darüber veröffentlichte Eva Seeber 1964 in Ost-Berlin, in der sie systematisch und unter Einschluss von Quellen aus polnischen Archiven die Rekrutierung der Arbeitskräfte untersuchte.[20] Diese ist nur am Rande Thema in Ulrich Herberts Standardwerk »Fremdarbeiter« (1985).[21]

Hinsichtlich der Erforschung der Ausbeutung der polnischen Landwirtschaft durch die deutschen Besatzer ist der Befund ähnlich, obschon mit Czesław Rajcas Studie »Walka o chleb« (Der Kampf um Brot) seit 1991 eine monographische Untersuchung vorliegt, die die Grundzüge dieser Politik für das gesamte Generalgouvernement in den Blick nimmt.[22] In der deutschsprachigen Forschung ist das Thema weitgehend unbeachtet geblieben, allenfalls wird es in Arbeiten zur Landwirtschaft im Nationalsozialismus aus Reichsperspektive kurz erwähnt.[23] Lediglich die am Tübinger Institut für Besatzungsfragen entstandene Studie von Heinz von Streng (1955) befasst sich ausführlich mit der Landwirtschaft im Generalgouvernement. Diese Arbeit konzentriert sich aber stark auf organisatorische Aspekte der Agrarverwaltung und ist in Bezug auf die Ausbeutungspolitik obendrein nicht frei von apologetischen Tendenzen.[24]

Annäherungen an das soziale Umfeld der Besatzer und ihren Alltag ebenso wie an die Besatzungsgesellschaft im Generalgouvernement sucht man in der bisherigen Forschung nahezu vergeblich. Erste Gedanken hierzu skizzierte Pohl 1996, die er später in einem Aufsatz etwas vertiefte.[25] Auch in anderen Arbeiten, wie der Musials, finden sich stellenweise Aussagen und Hinweise zu diesem Themenfeld, eingehende Analysen auf empirischer Grundlage gibt es aber nicht.

Neuland betritt die vorliegende Arbeit mit der umfassenden Untersuchung der Karrierewege der Kreis- und Stadthauptleute vor 1939 und

19 Datner, Wywóz; Adamska, Działalność; Ważniewski, Na przedpolach; Ratyńska, Ludność; Góral, Wywożenie; Meducki, Wieś.
20 Seeber, Zwangsarbeiter.
21 Herbert, Fremdarbeiter.
22 Rajca, Walka; Meducki, Wieś; Ratyńska, Ludność.
23 Zum Beispiel Volkmann, Landwirtschaft.
24 Streng, Landwirtschaft.
25 Vgl. Pohl, Judenverfolgung, S. 304; ders., Occupiers' Milieu.

nach 1945, ihrer Internierung und Entnazifizierung sowie der Ermittlungsverfahren, die seitens der bundesdeutschen Justiz gegen sie geführt wurden. Biographische Aspekte werden hier erstmals neu erschlossen, sie waren bislang nur am Rande Thema in den deutschsprachigen Regionalstudien der letzten beiden Jahrzehnte. Pohl und Sandkühler beschränken sich in ihren Arbeiten über den Distrikt Galizien auf knappe Kurzbiographien im Anhang; Musial, Seidel und Młynarczyk gehen in nur wenigen Sätzen sehr allgemein auf sozialstrukturelle Merkmale der Gruppe der Kreis- und Stadthauptleute ein. Lediglich Musial skizziert in einem kursorischen Nachtrag und in Kurzbiographien die Nachkriegszeit, stützt sich dabei aber ausschließlich auf Angaben aus den Ermittlungsverfahren.[26] Eine systematische Quellenerhebung hat er nicht vorgenommen.

Obwohl es bislang keine Studie gibt, in der die Nachkriegsbiographien deutscher Besatzer »im Osten« systematisch und quellengestützt untersucht wurden, bewegt sich die Arbeit in einem engen Forschungsfeld. Zu vielen der hier behandelten Aspekte gibt es grundlegende Monographien zu den allgemeinen Rahmenbedingungen. Die ersten Nachkriegsjahre sind mit unterschiedlicher Intensität durch die Forschung aufgearbeitet. Eine Reihe von Studien hat die alliierte Internierungspraxis untersucht, wobei der Schwerpunkt auf der britischen und der amerikanischen Besatzungszone lag; über die Internierungen in der französischen Zone wissen wir nach wie vor wenig.[27] Die zahlreichen Verhaftungen und die Speziallager in der sowjetischen Besatzungszone sind inzwischen gut erforscht, haben für diese Arbeit allerdings keine Bedeutung, da sich fast alle Kreishauptleute in den westlichen Besatzungszonen aufhielten. Die Wirkung des tiefgreifenden Einschnitts auf die Betroffenen, den die Internierung darstellte, ist jedoch erst in Ansätzen empirisch erforscht.

Die Entwicklungen und Rahmenbedingungen der Entnazifizierung sind von der Wissenschaft nahezu flächendeckend erforscht. Auf Lutz Niethammers Pionierstudie über die »Entnazifizierung in Bayern« (1972) folgte eine Vielzahl an Untersuchungen über die Praxis in anderen Besatzungsgebieten und Regionen.[28] Systematische Arbeiten zur Entnazifizierung der einstigen NS-Elite sind gleichwohl Mangelware; sie konzentrie-

26 Vgl. Musial, Zivilverwaltung, S. 351 ff.

27 Horn, Internierungs- und Arbeitslager; Meyer, Internierung; Schick, Internierungslager; Wember, Umerziehung.

28 Niethammer, Entnazifizierung; Grohnert, Entnazifizierung; Henke, Säuberung; ders., Trennung; Hesse, Konstruktionen; Möhler, Entnazifizierung; Schuster, Entnazifizierung; Vollnhals, Entnazifizierung; Rauh-Kühne, Entnazifizierung; Woller, Gesellschaft, S. 95 ff.

ren sich, wohl aus forschungspragmatischen Gründen, meist auf regional gebundene Gruppen wie die Kreisleiter der NSDAP.[29] Internierung und Entnazifizierung von Angehörigen der Besatzungsapparate in West- oder Osteuropa sind hingegen weitgehend unerforscht. Einen ersten Versuch hat Bernhard Brunner (2004) in seiner Arbeit über die Kommandeure der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes aus dem besetzten Frankreich unternommen. Brunner stützt sich aber fast ausschließlich auf Angaben aus späteren Ermittlungsverfahren und nicht auf die Entnazifizierungsakten.[30]

Ähnlich fällt der Befund im Hinblick auf die Forschung zur Auslieferung von NS-Tätern an Polen und zu den dortigen Gerichtsverfahren aus. Vornehmlich polnische Wissenschaftler haben den politischen und rechtlichen Rahmen und die Grundzüge der Auslieferungspolitik gründlich ausgeleuchtet.[31] Darauf zurückgreifend haben Bogdan Musial und Włodzimierz Borodziej die Auslieferungen an Polen und die polnische Vergangenheitspolitik in zwei deutschsprachigen Aufsätzen zusammengefasst.[32] Eine konkrete Fallanalyse einschließlich des Prozesses in Polen unternimmt Musial anhand zweier Beispiele.[33] Die Auslieferungspraxis der Westalliierten harrt nach wie vor einer systematischen Untersuchung; sie wird in allgemeineren Darstellungen oft nur gestreift.[34]

Die Aufarbeitung der NS-Verbrechen durch die bundesdeutsche Justiz zieht bereits seit geraumer Zeit das Interesse der Zeitgeschichtsforschung auf sich. Schon früh publizierten beteiligte Juristen hilfreiche Überblicksdarstellungen, in denen sie die Entwicklung und die juristischen Probleme der Ahndung des NS-Unrechts darstellten.[35] Mit zunehmender Intensität hat sich auch die Geschichtswissenschaft dieses Themas angenommen und es in die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen eingebettet, so dass hier vor dem Hintergrund bereits geleisteter Forschungsarbeit die spezifischen Probleme und Entwicklungen der Ermittlungen

29 Stelbrink, Kreisleiter; Klefisch, Kreisleiter; Arbogast, Herrschaftsinstanzen; Woller, Gesellschaft.

30 Brunner, Frankreich-Komplex, S. 168 ff.

31 Zum Beispiel Kobierska-Motas, Ekstradycja; Kegel, Podstawy; Kubicki, Zbrodnie; Kułakowski, Proces.

32 Musial, NS-Kriegsverbrecher; Borodziej, »Hitleristische Verbrechen«.

33 Musial, NS-Kriegsverbrecher, S. 48 ff. Das sind ein Gouverneur und ein Gestapobeamter.

34 Zum Beispiel Wember, Umerziehung, S. 267 ff.

35 Vor allem Rückerl, Strafverfolgung; ders., NS-Verbrechen; Blank, Beispiel.

gegen ehemalige Kreishauptleute analysiert werden können.[36] Neben der Untersuchung der Grundlinien sind verstärkt auch einzelne Tätergruppen und Verfahren bzw. Prozesse Gegenstand der Forschung geworden.[37] Der Schwerpunkt lag dabei, wie in der gesamten Täterforschung, vor allem auf dem Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), den Polizeibataillonen und anderen sogenannten Direkttätern. Ermittlungsverfahren gegen Beamte aus den Besatzungsverwaltungen sind von der Forschung bislang wenig beachtet worden. Uwe Danker widmet sich in einem Aufsatz den Verfahren gegen Mitarbeiter des Besatzungsapparats im Reichskommissariat Ostland[38]; jüngst ist bei ihm eine Staatsexamensarbeit über das Ermittlungsverfahren gegen den früheren schleswig-holsteinischen Sozialminister und Kreishauptmann Hans-Adolf Asbach entstanden, in der allerdings brisante und für das Verfahren wichtige Akten unberücksichtigt geblieben sind.[39]

Ähnliche Aussagen lassen sich bezüglich der Forschung zu den Karrierewegen von NS-Tätern nach 1945 machen. Das vergangenheitspolitische Umfeld und die Bedingungen für die Reintegration der NS-Eliten vor allem in den fünfziger Jahren ist durch Norbert Freis Studie »Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit« grundlegend untersucht.[40] Außerdem liegen zu einer Vielzahl von Gruppen inzwischen Arbeiten vor, die über Skandalisierungen und bloße Reihung von erreichten Positionen weit hinausgehen.[41] Ehemalige Funktionäre der Besatzungsverwaltungen in Osteuropa sind dabei jedoch nur vereinzelt und eher zufällig berücksichtigt, nicht aber systematisch untersucht worden.

Quellen

Ein grundlegendes Quellenproblem liegt im biographisch ausgerichteten Zugriff begründet. Nur bei einer kleinen Gruppe von Kreishauptleuten konnte eine relativ geschlossene Quellengrundlage geschaffen werden,

36 Von Miquel, Ahnden; Weinke, Verfolgung; dies., »Alliierter Angriff«; dies., Gesellschaft; Greve, Umgang; ders., Auschwitz; Pauli, Zentrale Stelle; Fleiter, Zentrale Stelle.

37 Zum Beispiel Wildt, Generation, S. 814 ff.; Klemp, »Nicht ermittelt«; Kiepe, Reservepolizeibataillon; Brunner, Frankreich-Komplex.

38 Danker, Versuch.

39 Bewersdorff, Ermittlungsverfahren.

40 Frei, Vergangenheitspolitik.

41 Die Beiträge in Frei (Hg.), Karrieren; Herbert, Best; Wildt, Generation; Mallmann/Paul (Hg.), Karrieren; Brunner, Frankreich-Komplex.

die den gesamten Untersuchungszeitraum sowohl vor als auch nach 1945 abdeckt; bei vielen anderen klaffen hingegen Lücken. Im Falle von Doering ist durch die Erschließung des Nachlasses in Ergänzung anderer Quellen zwar eine ungewöhnlich umfassende Basis für eine Analyse seines Lebenswegs vorhanden, für den Kern dieser Arbeit aber, seine Zeit als Kreishauptmann, liegen keine Informationen vor. Zu manch anderen Kreishauptleuten ist die Überlieferung erheblich disparater, mehr als eine Rekonstruktion biographischer Rohdaten war hier nicht möglich, in einigen wenigen Fällen nicht einmal das. Dennoch gibt es eine Vielzahl an Quellen, die den weit gefassten Untersuchungszeitraum und valide Aussagen über die gesamte Gruppe ermöglichen.

Die zeitgenössische Aktenüberlieferung der deutschen Besatzungsbehörden ist trotz Kriegseinwirkungen und systematischer Vernichtung in der Kriegsendphase hinreichend, um Grundlinien und Mechanismen deutscher Besatzungspolitik »von oben« wie »von unten« zu rekonstruieren und zu analysieren. Zudem helfen andere Überlieferungsstränge über bestehende Lücken hinweg und ermöglichen in vielen Punkten erst gesicherte Ergebnisse und Aussagen von mehr als nur regionaler Gültigkeit. Daher umfasst die Palette der Quellengattungen Akten der unterschiedlichen Instanzen der deutschen Zivilverwaltung, Akten der polnischen Verwaltung, Berichte und Presse des polnischen Untergrunds sowie Tagebücher, Briefe und Erinnerungen deutscher, polnischer und jüdischer Akteure. Eine wichtige Ergänzung stellen die nach 1945 im Rahmen der Ermittlungsverfahren und Prozesse in Deutschland und Polen zusammengetragenen Unterlagen und Aussagen dar.

Der Überlieferungsstand von Akten der Kreishauptmannschaften erlaubt nur punktuelle Vertiefungen. Nur von wenigen Kreisverwaltungen gibt es einen umfassenden Aktenbestand, von einigen ist er sehr lückenhaft, und von vielen gibt es überhaupt keine Akten. Vergleichsweise gut ist die Quellenlage bezüglich der Kreise im Distrikt Warschau. Das gilt – aber bereits mit deutlichen Abstrichen – auch für die Distrikte Lublin und Radom; weitaus schlechter ist die Überlieferung von Akten der Kreishauptmannschaften aus dem Distrikt Krakau und Galizien. Neben den Akten spiegelten sich das Verwaltungshandeln und der Charakter lokaler Praxis auch in den Bekanntmachungen und Aufrufen wider, die die Kreishauptleute anschlagen ließen.

Wenn es darum geht, zu allgemeingültigen Aussagen über die Herrschaftspraxis der Kreishauptleute im Generalgouvernement zu kommen, stellt diese Quellenlage ein gewisses Problem dar, das sich allerdings durch andere Bestände ausräumen lässt. Vor allem die gutinformierte Berichter-

stattung des Widerstands an die polnische Exilregierung und die Untergrundpresse sind hier hilfreich. In der westlichen Forschung blieben sie meist unberücksichtigt, das Material hat aber nicht nur Ergänzungscharakter, sondern auch hohen Eigenwert. Ausgewertet wurden die wichtigste Untergrundzeitschrift sowie die Berichte des Vertreters der Exilregierung, die nun veröffentlicht sind.[42] Ferner ermöglichen die Monatsberichte der Kreishauptleute an die Distrikte und an die Regierung in Krakau Generalisierungen und regionale Vergleiche. Aber in lediglich zwei Fällen ist die Berichterstattung für nahezu den gesamten Zeitraum erhalten geblieben; im Übrigen gibt es vor allem für 1940, das Frühjahr 1941 und 1943 eine relativ große Zahl verschiedener Monatsberichte. Sie finden sich überwiegend in den Akten des Prozesses gegen Joseph Bühler, in den Beständen der Distrikte in den jeweiligen Staatsarchiven sowie im West-Institut (Instytut Zachodni) in Posen.[43] Mittelbar überliefert sind die Lageberichte der Kreishauptleute durch die entsprechende Berichterstattung der Gouverneure, in die diese einflossen. Für den Distrikt Warschau liegt sie geschlossen vor, aus den anderen Distrikten nur für wenige Monate.

Allein auf dieser Grundlage ließen sich kaum hinreichend abgesicherte Aussagen über die Rolle der Kreishauptleute innerhalb des deutschen Besatzungsapparates machen. Um ihren Einfluss auf Charakter und Richtung deutscher Okkupationspolitik zu ergründen, müssen auch die Akten der höheren Verwaltungsebenen herangezogen werden. Die Dichte der Überlieferung der Dokumente aus den Distrikten verteilt sich regional wie bei den Kreisen: Der Distrikt Warschau ist sehr gut dokumentiert, die Distrikte Lublin und Radom mit Abstrichen relativ gut und der Distrikt Krakau nur fragmentarisch. Die Akten der Krakauer Regierung sind in weiten Teilen der Vernichtung anheimgefallen. Die Restbestände verteilen sich auf das Archiv Neuer Akten (Archiwum Akt Nowych – AAN), das Institut für nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) und das Bundesarchiv Berlin. Vor allem für den Prozess gegen Joseph Bühler, den faktischen Leiter der Regierung des Generalgouvernements, wurden zahlreiche Urkunden und Dokumente systematisch zusammengetragen. Die Prozessakten bewahrt das IPN in Warschau auf. Diese Dokumente sind aber aus ihrem ursprünglichen Zusammenhang gerissen und von Juristen neu sortiert worden. Weiterhin zentrale Quelle für die Untersuchung der Grundlinien der NS-Okkupationspolitik ist

42 Vgl. Biuletyn Informacyjny; Pro memoria; Ziemie wschodnie; Ziemie wschodnie (2006). Vgl. ferner: AK w dokumentach.

43 Der Posener Bestand ist als Mikrofilmkopie im IfZ und wurde dort ausgewertet.

das Diensttagebuch des Generalgouverneurs, im Original im IPN; Kopien sind im Bundesarchiv Berlin und im Institut für Zeitgeschichte (IfZ) deponiert. Wesentliche Teile davon haben Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer ediert; zuvor gab es bereits zwei polnische Editionen sowie Auszüge in den Dokumentenbänden zum Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess.[44]

Wegen systematischen Aktenvernichtungen sind Justizakten eine zentrale Quelle. Gegen zahlreiche Funktionäre der Besatzungsverwaltung und aus dem SS- und Polizeiapparat wurden nach dem Krieg Ermittlungsverfahren und Prozesse geführt, in deren Verlauf zahlreiche Zeugen vernommen wurden. Erst mit Hilfe dieser Unterlagen lassen sich Verfolgung und Ermordung der Juden im Generalgouvernement darstellen. Ausgewertet wurden hierfür in erster Linie die Ermittlungsakten der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen (Zentrale Stelle) in Ludwigsburg, Akten der einzelnen Staatsanwaltschaften sowie polnische Prozessunterlagen. Wichtig sind hier, wie auch für andere Teile der Arbeit, Tagebücher und Erinnerungen von Polen und Juden. Vor allem die genauen Beobachtungen des polnischen Arztes Zygmunt Klukowski aus Szczebrzeszyn und der polnischen Archivare Franciszek Kotula (Rzeszów/Reichshof) und Adam Karmiński (Krakau) liefern tiefe Einblicke in die Besatzungsherrschaft.

Weitaus schwieriger und aufwändiger als der Umgang mit Überlieferungslücken bezüglich der Okkupationspolitik war der personenbezogene Teil der Recherchen. Allein der Umstand, dass die Untersuchungsgruppe mehr als 130 Personen aus den verschiedensten Regionen und Behörden umfasst, hat einen erheblichen Rechercheaufwand nach sich gezogen, um wenigstens biographische Basisinformationen erhalten zu können.

Die Bandbreite der personenbezogenen Unterlagen ist groß. Die Besatzungsverwaltung führte eigene Personalakten der Kreis- und Stadthauptleute, 34 davon sind erhalten geblieben und im IPN zugänglich. Meist bestehen sie aber nur aus wenigen Blättern. Ferner führte das Reichsinnenministerium (RMI) als zuständige Zentralbehörde Personalakten, die erheblich umfangreicher und aussagekräftiger sind. Diese Akten, die von etwa einem Viertel der Kreishauptleute vorliegen, sind im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde sowie im Zwischenarchiv Dahlwitz-

44 Vgl. Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch; IMT, Bd. 29, S. 356-725; Stanisław Piotrowski, Dziennik Hansa Franka. Warszawa ^{2}1957, S. 251-386; Okupacja i ruch oporu w dziennika Hansa Franka, 2 Bände, Warszawa 1972.

Hoppegarten zu finden. Drei Personalakten aus dem RMI konnten aus dem riesigen Bestand des sogenannten »Sonderarchivs« in Moskau herangezogen werden; eine systematische Suche war hier nicht möglich. Entgegen der Annahme des Verfassers »wanderten« die Personalakten bei Versetzungen häufig nicht mit der entsprechenden Person mit, sondern es wurden neue Vorgänge angelegt. Daher wurden Behörden aller Ebenen in die Recherche nach personenbezogenen Akten einbezogen, angefangen bei Stadtverwaltungen über die Landkreise und Regierungsbezirke bis hin zu den Ländern. Dementsprechend finden sich diese Personalakten heute in den Stadt-, Kreis- und Staatsarchiven im gesamten Bundesgebiet. Als wenig ergiebig hat sich eine systematische Einbeziehung der Universitätsarchive herausgestellt. Ein zentraler Aktenbestand schließlich sind die Unterlagen des ehemaligen Berlin Document Center, heute im Bundesarchiv Berlin zugänglich. In diesen Dokumenten der Parteikanzlei, der einzelnen Gliederungen und Verbände der NSDAP und des Obersten Parteigerichts findet sich eine Vielzahl von unerlässlichen biographischen Informationen über die Kreis- und Stadthauptleute, angefangen bei selbstverfassten Lebensläufen.

Für die bloße Rekonstruktion der Nachkriegsbiographien kamen ähnliche Aktengruppen in Betracht, ebenfalls ausgehend von den Erkenntnissen der Zentralen Stelle. Ihre Unterlagen, heute Bestandteil der Außenstelle des Bundesarchivs in Ludwigsburg, lieferten die Rohdaten für die Analyse der Nachkriegskarrieren ebenso wie für die weiteren Recherchen. Neben den Personalakten der Behörden aller Zweige und Instanzen, in denen die Kreishauptleute nach 1945 arbeiteten, sind hier noch eine Reihe anderer Quellenbestände relevant. Für die unmittelbaren Nachkriegsjahre von großer Wichtigkeit sind die Entnazifizierungs- und Spruchkammerakten, die in den verschiedenen Staatsarchiven zu finden sind, oft aber archivarisch noch unerschlossen. Dennoch konnte von gut der Hälfte derjenigen Kreishauptleute, die den Krieg überlebt hatten, Unterlagen gefunden werden, so dass eine belastbare Grundlage für eine Analyse der Entnazifizierung besteht.

Auf die Nachkriegszeit bezogen sind wiederum die Akten der Justiz eine wichtige Quellenbasis, da deren Ermittlungstätigkeit Gegenstand der Untersuchung ist. Zum einen wurden systematisch die Überlieferungen der polnischen Behörden durchgesehen, die mit der Verfolgung von Besatzungsfunktionären, ihrer Auslieferung an Polen und den dortigen Prozessen befasst waren. Diese Unterlagen stehen der Forschung im Archiv des IPN zur Verfügung. Zum anderen wurden in erheblichem Umfang deutsche Justizakten, sowohl der Zentralen Stelle als auch der ein-

zelnen Staatsanwaltschaften, ausgewertet. Letztere sind in der Regel an die zuständigen Staatsarchive abgegeben worden.

Da das einzige Bindeglied der Kreis- und Stadthauptleute die gemeinsame Arbeit im Generalgouvernement war und sie sonst in keinem Zusammenhang standen, war die Rekonstruktion der Nachkriegsbiographien in vielen Fällen nicht zufriedenstellend möglich. Sie geht nur in wenigen Fällen über den Kreis von Personen hinaus, die in das Visier der Justiz geraten sind und über die daher erste Hinweise auf ihre Karrierewege vorlagen. Ohne diese Hinweise aber fehlte jeder konkrete Anhaltspunkt für weiterführende Recherchen. Doch auch genauere Kenntnisse über die einzelnen Stationen in der Biographie garantierten keinen Zugriff auf die Personalakten. Diese waren von manchen Personen, darunter immerhin ein Bundesrichter, spurlos verschwunden; bei anderen verweigerten die entsprechenden Behörden, die die Akten noch nicht an die Archive abgegeben hatten, die Akteneinsicht. In wenigen Fällen standen Sperrfristen einer Nutzung im Wege. Trotz all dieser Schwierigkeiten liegen zu zwei Dritteln derjenigen Kreishauptleute, die nach 1949 noch lebten, Informationen über ihre Karrierewege vor.

Von großer Wichtigkeit für die Arbeit waren Nachlässe der Kreis- und Stadthauptleute, die dem Verfasser in einigen Fällen von den Familien zugänglich gemacht wurden. Ohne diese Unterlagen hätten Teile der Arbeit nicht oder nur mit starken Abstrichen geschrieben werden können. Vor allem die Nachlässe von Hans-Adolf Asbach, Heinz Doering und Ernst Gramß waren sehr ergiebig. Hans-Adolf Asbach hatte bald nach dem Krieg autobiographische Aufzeichnungen begonnen. Sie lagen dem Verfasser im handschriftlichen Originalmanuskript und in einer leicht überarbeiteten maschinenschriftlichen Abschrift vor, die Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre entstanden ist. Ferner hatte Asbach 1945 Tagebuch geführt, das in einer Abschrift ausgewertet werden konnte. Außerdem existiert ein umfangreicher Nachlass Asbachs, der seine Tätigkeit als Sozialminister von Schleswig-Holstein und als hochrangiger Funktionär des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) betrifft. Darin befinden sich auch zahlreiche Briefwechsel mit ehemaligen Mitarbeitern und Kollegen aus dem Generalgouvernement. Dieser Teil des Nachlasses ist seit 2007 im Landesarchiv in Schleswig der Forschung zugänglich, während die autobiographischen Aufzeichnungen in Privatbesitz verblieben sind.

Die Unterlagen von Heinz Doering, aus denen eingangs bereits zitiert wurde, umfassen zahlreiche Dramen, Prosatexte und Gedichte aus seiner Kindheit bis in die fünfziger Jahre. Insbesondere einige Gedichte und

Epigramme stellen eine interessante Quelle dar, anhand derer sich etwa sein Gemütszustand gegen Kriegsende und danach sowie seine Reaktionen auf die Internierung untersuchen lassen. Ferner hat er während seiner Internierungshaft auf Toilettenpapierstreifen Tagebuch geführt. Nach seiner Abordnung in das Generalgouvernement schrieb Doering ausführliche Briefe an seine Mutter, die explizit der Dokumentation seiner Zeit »im Osten« dienen sollten. Diese insgesamt 51 Briefe von April 1942 bis Februar 1943 sind eine zentrale Quelle für Annäherungen an die Besatzungsgesellschaft, an den Alltag der Deutschen im Generalgouvernement und an die Zustände innerhalb der Verwaltung.

Der Nachlass von Ernst Gramß enthält als einziger der erschlossenen Nachlässe Unterlagen, die während seiner Arbeit als Kreishauptmann entstanden sind. Er schrieb 1940 und 1941 zahlreiche Briefe an seine Frau und berichtete ihr von seinem Umfeld und seiner Arbeit als Kreishauptmann. Diese Briefe sind nur zum Teil datiert, dennoch konnte ihre Entstehungszeit in den meisten Fällen eng eingegrenzt werden. Ein umfangreiches Konvolut von Briefen an seine Frau aus den zwanziger Jahren konnte ebenfalls eingesehen werden, ohne dass sich allerdings relevante Erkenntnisse daraus gewinnen ließen.

Die Nachlässe weiterer Kreishauptleute waren in der Regel nur von marginaler Bedeutung. Von Ludwig Losacker ist eine apologetische Erinnerungsschrift überliefert, die er in den siebziger Jahren verfasste und später dem Bundesarchiv in Koblenz übergab. Wilhelm Rebay von Ehrenwiesens nachgelassene Unterlagen umfassen eine Vielzahl von Briefen an seine Eltern, die er während des Studiums in den 1920er Jahren geschrieben hat, einige Dokumente der Kreishauptmannschaft und Korrespondenzen aus der Nachkriegszeit, die sich auf die anstehende Entnazifizierung bezogen. Von größerer Relevanz sind hier Notizen und Briefe, die im Umfeld des Ermittlungsverfahrens gegen ihn angefertigt wurden. Manche dieser teilweise stenographischen Aufzeichnungen ließen sich aber nicht entziffern.

Schließlich konnten für die Arbeit – mit recht unterschiedlichem Erfolg – auch deutsche und polnische Zeitzeugen befragt werden. An erster Stelle sind die beiden ehemaligen Kreishauptleute Wilhelm Rebay von Ehrenwiesen und Hans Werner von Bülow zu nennen, die 2003 bzw. 2007 interviewt wurden. Auf Grund besonderer Umstände und wegen des hohen Alters des Befragten war das Interview mit Rebay wenig ergiebig, während das insgesamt über fünfstündige Gespräch mit Bülow einige interessante Einblicke in die Besatzungszeit und vor allem in die nachträgliche Bewertung und Erinnerung dieser Periode bot. Schriftliche

Befragungen von vier ehemaligen polnischen Mitarbeitern der Verwaltung in Nowy Sącz/Neu-Sandez eröffneten den Blick auf ihre schwierige Lage und auf abweichendes Verhalten deutscher Besatzungsfunktionäre. Zudem stellte sich der ehemalige Staatsanwalt Heinz Hadeler für ein Interview zur Verfügung. Er hatte in den sechziger Jahren das für diese Arbeit zentrale Ermittlungsverfahren gegen Hans-Adolf Asbach geführt. Im Laufe der Recherchen konnte außerdem zu zahlreichen Familien ehemaliger Kreishauptleute Kontakt hergestellt werden. Wenn auch vielfach das Informationsbedürfnis auf Seiten der Familie weitaus größer war, konnten sie in einigen Fällen biographische Details beisteuern und nützliche Hinweise geben, die den Weg für weiterführende Nachforschungen ebneten.

Schreibweisen

Sofern nicht anders angemerkt, stammen die Übersetzungen aus dem Polnischen vom Verfasser. In der Regel wird der polnischen Bezeichnung der Orte der Vorzug gegeben; lediglich in Fällen, in denen eine allgemein übliche und bekannte deutsche Übersetzung existiert, wird diese benutzt (zum Beispiel Warschau oder Krakau). Bei Ortschaften, bei denen der zeitgenössische deutsche Name erheblich vom polnischen abweicht und Lesern ohne Polnischkenntnissen nicht erkennbar ist, werden beide Bezeichnungen parallel genannt (zum Beispiel Rzeszów/Reichshof oder Nowy Sącz/Neu-Sandez). Zitate werden grundsätzlich in ihrer ursprünglichen Form belassen, ohne dass sprachliche Eigenheiten oder Fehler geglättet werden. Gegebenenfalls notwendige Zusätze des Verfassers und Auslassungen sind in eckige Klammern gesetzt. In der Arbeit ist nicht durchgängig von den Kreis- *und* Stadthauptleuten die Rede, vielfach wird der Einfachheit halber nur die Bezeichnung »Kreishauptleute« verwendet, ohne dass damit die Stadthauptleute ausgeschlossen wären.

I. Herrenmenschen »im Osten«

Mit dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen und dem Aufbau der Besatzungsverwaltung veränderte sich die Situation der Bevölkerung grundlegend. Das Gefüge des polnischen Vorkriegsstaates brach vollständig zusammen; zahlreiche Institutionen und Organisationen lösten sich auf, wurden zerschlagen oder verboten. Mit dem Verlust politischer und sozialer Autoritäten und der gleichzeitig einsetzenden Verfolgungs- und Mordpolitik, vor allem gegen Juden und die polnische Intelligenz, verlor die Gesellschaft viel von ihren Bindungskräften. Diese »Atomisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse« beschleunigten die Besatzer nicht nur durch eine Brutalität unbekannten Ausmaßes, sondern vor allem durch eine ethnische Hierarchisierung der Besatzungsgesellschaft.[1]

Grundlage dieser Politik war eine rassenideologische Weltanschauung, welche die Mehrheit der deutschen Funktionäre teilte und deren radikale Vertreter in der Regel tonangebend im Besatzungsapparat waren. Sie kamen ins Generalgouvernement mit einem oftmals schon ausgeprägten Antisemitismus, einer tiefsitzenden Slawen- und insbesondere Polenfeindlichkeit sowie dem Gefühl, Pioniere einer Mission von historischer Tragweite zu sein. Diese ideologischen Vorprägungen führten in Kombination mit der Unterdrückung einer vollständig entrechteten Bevölkerung zur Herausbildung eines nahezu geschlossenen Besatzermilieus und einer Herrschaftswillkür, der keine Grenzen gesetzt zu sein schienen.

Das Allmachtsgefühl und Herrenmenschen-Bewusstsein der Deutschen im Generalgouvernement drückte sich in einem luxuriösen und teilweise pompösen Lebensstil aus, getragen durch Korruption und Selbstbereicherung auf Kosten der Bevölkerung.[2] Es bildete sich so eine hierarchisierte Besatzungsgesellschaft heraus, in der die Deutschen auf der obersten und die Juden auf der untersten Stufe standen. Dazwischen rangierten mit Abstufungen Ukrainer, Polen und andere Volksgruppen.[3] Trotz aller Versuche einer strikten Trennung der verschiedenen ethni-

1 Vgl. Młynarczyk, Nation, S. 145 f. Zitat ebenda, S. 146.

2 Vgl. Bömelburg/Musial, Besatzungspolitik, S. 77.

3 Zum Beispiel die »Goralen«, Weißrussen, Litauer u. a. Die Rassenhierarchie der Besatzungsgesellschaft des GG manifestierte sich unter anderem in einem so essentiellen Bereich wie der Versorgung der Bevölkerung. Vgl. dazu Franks Ausführungen zu den unterschiedlichen Versorgungskategorien im GG: Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 186 f. (Eintrag vom 23.4.1940).

schen Besatzungsgesellschaften voneinander bestand zwischen ihnen jedoch ein Beziehungsgeflecht und eine wechselseitige Beeinflussung im Handeln.

Deutsche und Polen

Nach Aufkündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrags vom 26. Januar 1934 setzte im Frühjahr 1939 in der deutschen Presse wieder eine antipolnische Hetze ein, wie sie schon 1933, zum Teil auch früher, die Medien beherrscht hatte. Frisierte Horrorgeschichten über vermeintliche oder tatsächliche Drangsalierungen der Volksdeutschen in Polen bereiteten den Boden für die Rechtfertigung einer aggressiven Revisions- und Kriegspolitik. Die NS-Propagandisten schöpften dabei aus dem großen Fundus negativer Stereotype über Polen und die polnische Bevölkerung: Faul, schmutzig, verschlagen, leichtsinnig und verschwenderisch – das waren nur einige Etiketten, die den Polen anhafteten. Das Überlegenheitsgefühl drückte sich im sprichwörtlichen Gerede von der »polnischen Wirtschaft« aus.[4]

Die Wiedergründung Polens 1918 und der Verlust deutscher Ostgebiete verschärften die Situation. Waren es die Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg noch gewohnt gewesen, auf die Polen herabzuschauen und die Ostgebiete als Objekt preußischer Germanisierungspolitik zu betrachten, sahen sie sich nun einem souveränen und selbstbewussten polnischen Staat gegenüber, dessen pure Existenz sie schon als unerträgliche Demütigung empfanden. Einige der früheren Methoden der deutschen Verdrängungspolitik gegen die Polen wurden nun durch polnische Behörden gegen die deutsche Minderheit im Lande angewendet, was den Hass und den Revisionswillen weiter wachsen ließ. Zunehmende Schärfe hatte der Antipolonismus in der Weimarer Republik durch die erbitterten Grenzkämpfe 1919 bis 1922 und die danach fortdauernde Revisionspropaganda im Deutschen Reich erlangt.[5]

Nicht wenige Funktionäre der Besatzungsverwaltung teilten solche antipolnischen Feindbilder, ebenso wie die Forderungen nach Revision der Ostgrenze und Schaffung neuen »Lebensraumes im Osten«. Einige von ihnen stammten aus den Grenzregionen und waren mit den Konflikten

4 Vgl. Broszat, Zweihundert Jahre, S. 244 f.; Roschke, »Urfeind«, passim; Connelly, Nazis, S. 13 f.; Herweg, Von der »Polnischen Wirtschaft«, S. 203 ff.; Orłowski, »Polnische Wirtschaft«, S. 336.

5 Vgl. Broszat, Zweihundert Jahre, S. 134 ff. u. 226 ff.; Herweg, Von der »Polnischen Wirtschaft«, S. 205; Orłowski, »Polnische Wirtschaft«, S. 336 f.

zwischen Deutschen und Polen groß geworden. Sie waren in Freikorps an den Grenzkämpfen direkt beteiligt und in antipolnisch ausgerichteten Verbänden wie dem Bund Deutscher Osten (BDO), dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) oder dem Jungdeutschen Orden aktiv. Mit der Besetzung Polens bot sich ihnen Gelegenheit zur »Rache«.

Viele Kreishauptleute haben schon früh Gewalterfahrungen gemacht. Fast alle, die für eine aktive Teilnahme am Ersten Weltkrieg aufgrund ihres Alters in Frage kamen, hatten als Soldaten gekämpft.[6] Angesichts der anfänglichen Kriegseuphorie und des wachsenden Bedarfs an Soldaten ist dieser Befund wenig überraschend. Aufschlussreicher erscheint das Alter, mit dem die Betreffenden in den Krieg eintraten: Die Hälfte rückte mit höchstens 19 Jahren ein, fast ein Drittel davon sogar mit unter 18 Jahren. Das durchschnittliche Alter lag bei etwas über 21 Jahren.

Doch mit dem Kriegsende waren Kampf und Gewalt nicht zu Ende. Fast ein Drittel der Kreishauptleute, die als Soldaten am Weltkrieg teilgenommen hatten, schloss sich Freikorps, Einwohnerwehren oder Grenzschutzverbänden an, die entweder nach innen vornehmlich gegen Kommunisten oder aber nach außen gegen polnische Verbände und zur »Grenzsicherung« agierten.[7] Manche Kreishauptleute hatten den gesamten Weltkrieg als Soldaten gekämpft und sich anschließend für mindestens zwei Jahre Freikorpsverbänden angeschlossen, so dass sie über sechs Jahre in einem gewaltaufgeladenen Milieu zubrachten. So führte bei manchen ein geradliniger Weg vom Frontsoldaten über Freikorps und völkische Parteien oder nationalistische Organisationen bis hin zur NSDAP. Kreishauptleute der Kriegsjugendgeneration waren zwar in der Regel zu jung, um am Weltkrieg teilgenommen oder in Freikorps gekämpft zu haben, engagierten sich aber sehr früh im völkisch-antisemitischen Milieu. Karl-Heinrich Franke etwa wurde 1920 noch während seiner Schulzeit als Sechzehnjähriger Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, wechselte 1924 zur Deutschvölkischen Freiheitspartei und stieß nach deren großem Wahlerfolg im September 1930

6 In Betracht gezogen wurden die Geburtsjahrgänge bis einschließlich 1900. Lediglich ein 1901 Geborener (Eduard Jedamzik) wurde noch Soldat. Er ist eine Ausnahme. Die Angaben im Folgenden beruhen auf der Untersuchung der Daten zu 117 Kreishauptleuten.

7 Im Einzelnen schlossen sich Freikorps u. ä. an: Brandt, Dengel, Glehn, Hein, Jedamzik, von der Leyen, Fritz-Hans Adolf Schmidt, Vielweib, Wendler, Zörner und Zuzic. Grundlegend: Schulze, Freikorps.

schließlich zur NSDAP.[8] Carl-Ludwig Freudenthal begann in den Krisenjahren der Republik 1923/1924, ebenfalls als Sechzehnjähriger, sich für völkische Organisationen zu begeistern. Er trat der Deutschvölkischen Freiheitspartei bei, schloss sich dem Wikingbund und dem Jungdeutschen Orden an.[9] 1926 folgte seine Mitgliedschaft beim Jungstahlhelm, im März 1931 wurde er Mitglied der NSDAP. Mindestens etwa ein Fünftel der Kreishauptleute (23 Personen) kämpfte in Freikorps oder engagierte sich im völkisch-nationalistischen Milieu außerhalb der NSDAP. Berücksichtigt man zusätzlich diejenigen, die früh in die NSDAP eintraten, erhöht sich der Anteil auf etwa ein Viertel (28 Personen) aller Kreis- und Stadthauptleute.

Die Mehrheit aber scheint während der Weimarer Republik ein angepasstes und unpolitisches Leben geführt zu haben. Zumindest scheuten sie vor einem parteipolitisch gebundenen Engagement lange Zeit zurück. Eine kleine Gruppe wurde in gemäßigten bürgerlichen Parteien Mitglied, die jedenfalls bis Anfang der dreißiger Jahre auf dem Boden der Demokratie standen. Doch auch sie vollzogen bald darauf den Schwenk zur NSDAP. Es ist davon auszugehen, dass alle früher oder später der NSDAP beitraten, nur von einem wissen wir sicher, dass er nie Mitglied wurde. Mehr als die Hälfte traten der Partei bereits vor der Machtübernahme im Januar 1933 bei. Nur wenige verhielten sich auch 1933 noch abwartend und traten erst nach Aufhebung der Aufnahmesperre ab 1937 bei. Die meisten warteten mit ihrem Parteibeitritt bis nach Abschluss ihrer Ausbildung bzw. ihres Studiums.[10] Im Vergleich zu den Landräten des Deutschen Reiches oder auch zum Führungskorps von Sicherheits-

8 Zum Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, S. 562 ff.; zur Deutschvölkischen Freiheitspartei ebenda, S. 550 ff.; außerdem Sontheimer, Denken, S. 21 ff.

9 Der Wikingbund ist aus der Organisation Consul von Hermann Ehrhardt hervorgegangen, die für zahlreiche Anschläge auf Politiker der Weimarer Republik verantwortlich war. Der Wikingbund war dezidiert völkisch und antisemitisch. Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, S. 368 ff. Der Jungdeutsche Orden ging aus einem Freikorps hervor, war eine antikommunistische und antisemitische nationalistische Organisation unter der Führung Arthur Mahrauns. Er kooperierte 1923 zeitweise mit Hitler. Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 138 ff.; Wildt, Generation, S. 57 ff. Außer Freudenthal waren Claus Harms (1923-1930), Hans Klein (1923/24) und Joachim von der Leyen hier Mitglied.

10 Vgl. die Tabellen 8 und 9 im Anhang. Unter den ab 1937 Beigetretenen waren zwei, die außerhalb des Deutschen Reiches oder Österreichs lebten: Ernst Kundt, vorher in der SdP führend aktiv, und Herbert Gorgon, Aktivist der Jungdeutschen Partei.

polizei und Sicherheitsdienst traten die Kreishauptleute der NSDAP erheblich früher bei.[11]

Als Indiz für eine hohe ideologische Übereinstimmung mit dem Regime taugt die Parteimitgliedschaft alleine nicht, setzt man diese aber in Beziehung zu früheren politischen Aktivitäten und einem Engagement in Freikorps und berücksichtigt zugleich noch Mitgliedschaften in anderen NS-Organisationen, vor allem der SS, und den in den dreißiger Jahren vollzogenen Kirchenaustritten, ergibt sich ein vollständigeres Bild. Mindestens ein Fünftel der Kreishauptleute waren noch Mitglied der SS, 48 Kreishauptleute (rund 41 Prozent) traten zusätzlich der SA bei, etwas mehr als ein Drittel davon schon vor 1933. Aus der Kirche ausgetreten sind mindestens 39 Personen, ein Drittel der gesamten Gruppe, weitaus mehr also, als in der SS Mitglied waren, wo der Kirchenaustritt, salopp gesagt, zum guten Ton gehörte. Alles in allem kann man unter Berücksichtigung aller Zahlen davon ausgehen, dass mindestens ein Drittel der Kreishauptleute relativ früh hochgradig ideologisiert war, bevor sie schließlich ins Generalgouvernement kamen.

Dort löste die Konfrontation mit dem wirtschaftlich deutlich schwächeren Polen vielfach eine Art Kulturschock aus. Nicht nur die Bevölkerung, das gesamte Land wirkte abstoßend, primitiv und bedrohlich auf die Deutschen: »Hatten wir in Wien noch über die Zustände gelacht: jetzt [in Polen] verging uns das Lachen endgiltig und gründlich: endlose, leicht gewellte Gegend, übersät mit elenden Hütten und öden geschmacklosen s[o]g[enannten] Häusern, schlecht bebaut, kein Baum, kein Strauch, Städte von trostlosem, nüchternen Aussehen, und Menschen – na, wie immer, zerlumpt, dreckig, verhungert u. stinkend.«[12] Viele Deutsche, die ins besetzte Polen kamen, fanden sich in einer ihnen völlig fremd erscheinenden Welt wieder, deren erster Eindruck auf sie fatal war: »Und schliesslich hiess es: Das ist Krakau! – O pfui Teufel! Der erste Eindruck vom Zug aus war gräulich. Öde, leer, trostlos, ein zerschossener Bahnhof, Dreck, Gestank, Gesindel, eine fremde Sprache, kaum ein Wort Deutsch, das war der erste Empfang.«[13] Vielen verstellten und lenkten ihre Vorurteile den Blick. In ihren Monatsberichten sowie in offiziellen Ansprachen klagten die Kreishauptleute über »Verlogenheit

11 Vgl. dazu die Tabellen 10 und 11 im Anhang.

12 Brief von H. Doering an seine Mutter, 28.4.1942. Vgl. auch Hirche, Generalgouvernement, S. 11; Johst, Ruf, S. 60.

13 Brief von H. Doering an seine Mutter, 28.4.1942. Ähnlich auch: Hirche, Generalgouvernement, S. 12.

und größte Faulheit der Bevölkerung«[14], über eine generelle »Abneigung des Polen vor Arbeit«[15], über die »Trägheit, Faulheit und Dummheit«[16] der polnischen Bevölkerung und die Notwendigkeit, sie an Sauberkeit und Ordnung zu gewöhnen.[17] Misstrauisch beäugten sie die Polen, bei denen sie eine realitätsblinde Neigung zu Aufständen ausmachten. Heinz Doering schreibt dazu 1942 in einem Brief an seine Mutter: »Ich glaube, dass Polen u. Tschechen in 100 Jahren noch genau so Aufstände machen werden, wie jetzt[18] – vorausgesetzt, dass dann noch solche Leute da sind. Denn inzwischen wird unser Volk so wachsen, dass es die neuen Räume ausfüllen kann. Jetzt geht das ja leider mit dem Ausrotten noch nicht so, wie wir gerne machten, weil wir die Arbeitskraft unbedingt brauchen. Das gilt hier ja sogar von den Juden. Schlimm ist nur, dass das Gesindel das weiss. Und darauf sündigt.«[19] Mit einer Mischung aus Neid und Verachtung blickten viele Deutsche auf die polnische Lebensart, »Pariser des Ostens«[20] nannten sie die Polen verächtlich.

Weitgehende Formen der Zusammenarbeit zwischen Besatzern und Besetzten oder nur ein geregeltes Zusammenleben waren von Beginn an nicht nur aufgrund ideologischer Feindbilder ausgeschlossen. Dem standen vor allem auch die grundlegenden Ziele deutscher Besatzungspolitik entgegen, die auf einer rücksichtslosen Ausbeutung der Menschen und Ressourcen und der sich entwickelnden Verfolgungs- und Vernichtungspolitik beruhten. Brutalität und Massenmorde signalisierten der polnischen Bevölkerung schon in den ersten Wochen nach dem Einmarsch der deutschen Truppen, in welcher Lage sie sich befand. Jede Verständigungsmöglichkeit zwischen Deutschen und Polen wurde auch durch den Anspruch der Spitze der Besatzungsverwaltung und vieler ihrer Angehö-

14 Bericht des Kreishauptmanns von Siedlce am 27.2.1940, DTB, IfZ, Fb 105/2, Bl. 404.

15 Lagebericht des Kreishauptmanns von Jasło für die Zeit von Mitte Mai 1940 bis Ende Mai 1940, 2.6.1940, BAL, B 162/Dok.-Slg., Ordner Polen 348, Bl. 538.

16 Ansprache des Kreishauptmanns von Zamość am 28.7.1940, DTB, IfZ, Fb 105/7, Bl. 1741.

17 Der Kreishauptmann des Kreises Jasło, Lagebericht für den Monat Juni 1940, 2.7.1940, BAL, B 162/Dok.-Slg., Ordner Polen 348, Bl. 684.

18 Hier bezieht sich Doering auf das Attentat auf Reinhard Heydrich am 27.5.1942 in Prag, an dessen Folgen dieser am 4.6.1942 starb.

19 Brief von H. Doering an seine Mutter, 21.5.1942.

20 Vgl. Orłowski, »Polnische Wirtschaft«, S. 336. Zitat aus Asbach, Krakau, Bl. 111. Ähnlich: Asbach, Krakau, Bl. 59; Hosenfeld, »Ich versuche jeden zu retten«, S. 273 f.; Hirche, Generalgouvernement, S. 14 u. 71.

riger zunichte gemacht, wonach der Deutsche Herr des Landes sei, nach dem sich der Pole zu richten habe.[21]

Als Konsequenz daraus versuchte die Verwaltung eine Politik durchzusetzen, die zu einer völligen Segregation von Deutschen und Polen in zwei abgeschotteten Parallelgesellschaften führen sollte und die für die Polen eine permanente Gängelung im Besatzungsalltag bedeutete. Durch die Einführung von Polizeistunden wurde die Bevölkerung in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt; der Zutritt zu manchen Parkanlagen wurde ihr verboten, und in Straßenbahnen und Zügen wurden separate Waggons oder Abteile für sie ausgewiesen. In den Städten gab es ein Netz von Geschäften, Cafés, Kasinos etc., die exklusiv den Deutschen vorbehalten waren. Den Deutschen hatten alle Polen mit Respekt zu begegnen; sie mussten ihnen auf den Gehwegen Platz machen. Vergehen gegen derartige Anordnungen der Besatzer verfolgten diese hart. Das Betreten eines für Polen gesperrten Parks in Krakau zum Beispiel konnte mit bis zu drei Monaten Haft geahndet werden.[22]

Die Schaffung verschiedener Lebenswelten für Polen und Deutsche wurde von zwei Seiten betrieben. Im April 1940 sah sich Staatssekretär Bühler veranlasst, vom Generalgouverneur erlassene »Grundsätze für das Verhalten der Deutschen in Polen« per Rundschreiben im Verwaltungsapparat zu verbreiten. Er forderte unmissverständlich dazu auf, sich von der Bevölkerung abzugrenzen: »Einen *gesellschaftlichen Verkehr mit Polen oder Juden* beiderlei Geschlechts wird jeder Deutsche von sich aus als selbstverständlich zurückweisen. Würdelos und gesundheitsgefährdend sind insbesondere intime Beziehungen zwischen deutschen Männern oder Frauen mit Angehörigen des Feindvolkes. Jede Gelegenheit zum Anknüpfen von Verbindungen zwischen Deutschen und Polen oder Juden (gemeinsamer Tanz, Annehmen von Einladungen, gemeinschaftliches Benutzen von Tischen) ist daher zu vermeiden.«[23]

21 So der Gouverneur des Distrikts Krakau, Wächter, auf einer Arbeitstagung der Landräte des Distrikts am 8.11.1939. IfZ, Fb 105/1, Bl. 40. Vgl. auch Bömelburg, Besatzungspolitik, S. 61.

22 Bekanntmachung des Stadthauptmanns von Krakau vom 31.8.1940, APK, Der Stadthauptmann in Krakau 48, Bl. 201; Anordnung des Stadthauptmanns von Krakau vom 20.6.1942, APK, Der Stadthauptmann in Krakau 55, Bl. 949; Stadthauptmann Lublin, Polizeiverordnung über den Straßenverkehr, 19.11.1939, AAN, Niemieckie władze okupacyjne 214/IV-8, Bl. 2; Klukowski, Dziennik, S. 86 (Eintrag vom 21.12.1939).

23 Grundsätze für das Verhalten der Deutschen in Polen, 24.4.1940, APK, Der Stadthauptmann in Krakau 1, Bl. 61 (Hervorhebung im Original).

Auch von polnischer Seite war man sehr auf die lebensweltliche Trennung bedacht. Bereits im November 1939 rief die Exilregierung zum gesellschaftlichen und politischen Boykott der Deutschen auf. Verbreitung fanden solche Weisungen durch die Untergrundpresse und durch Mund-zu-Mund-Propaganda. Der *Biuletyn Informacyjny*, eines der wichtigsten Untergrundorgane, präzisierte den Boykott-Aufruf; er rief zum Boykott von Kinos, Tanzlokalen, Aufmärschen und Versammlungen auf. Der Gebrauch der deutschen Sprache war verpönt, da dies den Deutschen den Aufenthalt im Land erleichtere. Kontakte mit Deutschen sollten grundsätzlich gemieden werden, auch wenn diese bereits aus der Vorkriegszeit herrührten. Die Bevölkerung sollte den Zusammenhalt untereinander stärken und Deutsche nicht an Konflikten, die unter Polen bestünden, teilhaben lassen, sondern sie selbst regeln und gegebenenfalls ahnden.[24]

Außer allgemeinen Verhaltensmaßregeln gab es auch gezielte Aktionen wie zum Beispiel den Boykott des 1940 in Warschau gastierenden Zirkus Busch. Trotz massiver Werbung und der Verlängerung der Polizeistunde blieben die erwarteten Besucherströme aus. Der von den Besatzern erhoffte propagandistische Effekt stellte sich nicht ein, der Boykott war gelungen. Zum ersten Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen wurde eine patriotische Demonstration organisiert, die den Besatzern die Haltung der Bevölkerung vor Augen führen und den Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft stärken sollte. Die Bevölkerung war aufgerufen, am 1. September Kinos, Theater, Vergnügungslokale und die gesamte Presse zu boykottieren sowie sich von 14 bis 16 Uhr nicht auf den Straßen zu zeigen. Der starke Rückgang des Presseverkaufs und die relativ leeren Straßen zeugten vom Erfolg dieser Demonstration. Ein breit angelegter dauerhafter Boykott der Kinos scheiterte allerdings gründlich. Den abgeschafften polnischen Nationalfeiertagen galt immer besondere Aufmerksamkeit der deutschen Behörden, da zu diesen Anlässen politische Demonstrationen oder Gewaltakte befürchtet wurden.[25]

24 Vgl. Erste Weisungen des Ministerkomitees für Landesangelegenheiten, 15.11.1939, in: AK w dokumentach, Bd. 1, S. 6; Biuletyn Informacyjny, 10.5.1940, in: Biuletyn Informacyjny, część I, S. 146. Vgl. dazu auch Szarota, Warschau, S. 282 ff.; Majewski, Konzept, S. 309 ff.

25 Vgl. Biuletyn Informacyjny, 26.7.1940, in: Biuletyn Informacyjny, część I, S. 217; Brief von H. Doering an seine Frau und seine Mutter, 12.11.1942; Der Kreishauptmann Nowy Sącz/Neu-Sandez, Lagebericht für den Monat November 1940, 29.11.1940, BAB, R 52 III/27, Bl. 20; Abteilung Innere Verwaltung, Auszug aus den Lageberichten der Kreis- und Stadthauptleute für den Monat November

Alle diese Aufrufe und Verhaltensregeln, sei es von deutscher oder von polnischer Seite, zeugen von signifikanten Regelverstößen, was zahlreiche Beobachtungen belegen. Im Dezember 1939 hielt Ludwik Landau in seiner Chronik der Besatzungszeit fehlende Würde im Umgang mit den Deutschen fest. Er sei, so Landau, nicht der Einzige, bei dem dies traurige Reflexionen auslöse, denn in der Stadt seien schon Zettel angeschlagen worden, auf denen man lesen könne, dass für Frauen, die gesellschaftliche Beziehungen mit Deutschen unterhielten, noch Platz in den Bordellen sei. Auch in der weniger anonymen Provinz konnte ein derartiges distanzloses Einlassen mit den Besatzern beobachtet werden, wie der Leiter des Krankenhauses in Szczebrzeszyn, Zygmunt Klukowski, im April 1940 in seinem Tagebuch vermerkte. Wenige Monate zuvor hatte er sich bereits empört über die schnelle Anpassungsfähigkeit mancher Leute gewundert. Der polnische Bürgermeister hatte zur Feier der Geburt seines Enkels sogar einen deutschen Offizier eingeladen, obwohl der Vater des Enkels Berufsoffizier in der polnischen Armee war. Im *Biuletyn Informacyjny* konstatierte man im November 1940 einen Anstieg deutsch-polnischer Kontakte und sogar freundschaftlicher Beziehungen, was schon seit mehreren Monaten zu beobachten gewesen sei. Die Autoren der Untergrundzeitung verurteilten die in ihren Augen naiven und realitätsblinden Rechtfertigungsversuche nach dem Muster eines anständigen Deutschen unter den an sich verbrecherischen Nazis. Jeder Deutsche im besetzten Polen habe seinen Anteil am Leid der polnischen Bevölkerung und am Krieg Deutschlands.[26] Auch deutsche Stellen beklagten zu nahe Kontakte von Reichsdeutschen zu Polen. Daher richtete Frank auf einer Sitzung der Regierung des Generalgouvernements im September 1940 eine nachdrückliche Mahnung an die dort Versammelten, die bisherige Politik »der völligen gegenseitigen Trennung zwischen Deutschen und Polen« einzuhalten, auch den dienstlichen Kontakt zu Polen auf das Nötigste zu beschränken und die Unterdrückungspolitik mitzutragen.[27]

1940, 7.1.1941, BAB, R 52 III/ 26, Bl. 9 u. 14; Szarota, Warschau, S. 224; Majewski, Konzept, S. 310 ff.

26 Vgl. Landau, Kronika, S. 128 (Eintrag vom 11.12.1939); Klukowski, Dziennik, S. 93 u. 113 (8.1.1940 u. 25.4.1940); Biuletyn Informacyjny, 28.11.1940, in: Biuletyn Informacyjny, część I, S. 323.

27 Zum Beispiel: Meldungen aus dem Reich, 20.6.1940, Anlage, Lage im Generalgouvernement, BAB, R 58/151, Bl. 215; Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 280 f. (Eintrag vom 12.9.1940).

Zwischen Polen und Deutschen gab es jedoch nicht nur solche harmlosen Kontakte, die in der Regel freiwillig zustande kamen. Insbesondere polnische, aber auch jüdische Frauen wurden häufig Opfer sexueller Gewalt durch deutsche Besatzungsfunktionäre. Friedrich von Balluseck zum Beispiel, Kreishauptmann von Jędrzejów, frönte seinen sexuellen Perversionen und Obsessionen, indem er sich an polnischen Kindern verging. Darüber hinaus hatte er Verhältnisse mit polnischen Frauen. Die Deutschen nutzten die rechtlose Position der unterdrückten Bevölkerung schamlos aus, die Verfolgung ihrer Taten mussten sie oftmals nicht befürchten, zumal sie sich ihrer Opfer, gerade wenn es sich um jüdische Frauen handelte, einfach entledigen konnten. Gegen Balluseck wurde zwar ein Verfahren wegen seiner Beziehungen zu polnischen Frauen eingeleitet; die einzige »Strafe« aber, die er hinnehmen musste, bestand in der Entlassung als Kreishauptmann und Einberufung zur Wehrmacht.[28]

Im Kreis Jasło im Distrikt Krakau bildete sich um den dort dominierenden Kreishauptmann ein Männer-Milieu, das geprägt war von Alkoholexzessen in Kombination mit sexueller Gewalt gegen polnische, jüdische und auch deutsche Frauen. Nach Zeugenaussagen hatte Kreishauptmann Walter Gentz polnische Geliebte, was ein offenes Geheimnis in der Kleinstadt Jasło war. Er und eine kleine Gruppe Deutscher veranstalteten regelmäßig Trinkgelage; nachts randalierten die Männer, drangen in Häuser ein und vergewaltigten Mädchen oder Frauen. Gentz holte sich nach Aussagen von Zeugen nachts jüdische Mädchen, die am Morgen darauf oder wenig später von der Polizei abgeholt und deportiert oder direkt ermordet wurden. Möglich war dieses Verhalten durch seine beherrschende Position, die er im Kreis auch gegenüber der örtlichen Sicherheitspolizei innehatte. Darüber hinaus fand er einen kleinen Kreis Gleichgesinnter, denen die Bevölkerung recht- und schutzlos ausgeliefert

28 7. Große Jugendstrafkammer des LG Berlin, Urteil in der Strafsache gegen den Regierungsrat Dr. Friedrich Karl Hugo Viktor von Balluseck, 17.5.1957, LAB, B Rep. 058, Kt. 445-446, Nr. 146916h, Sonderheft 2, S. 11 f.; Aussage von J. B., 25.2.1965, BAL, B 162/212 AR 1454/66, Bl. 3. Von Balluseck hatte bereits vor dem Krieg in Deutschland Kinder missbraucht und dies auch nach 1945 in Berlin in großem Umfang betrieben, wofür er zu sechs Jahren Zuchthaus und Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt verurteilt wurde. Ob der Missbrauch der Kinder auch Gegenstand des Verfahrens im GG war, ist unklar, aber eher unwahrscheinlich. Lt. Seidel, Besatzungspolitik, S. 48, wurde von Balluseck wegen Unterschlagung von Kassengeldern seines Postens enthoben.

war. Gentz wurde daher auch als der »ungekrönte König von Jaslo« bezeichnet.[29]

Verhältnisse zwischen deutschen Funktionären und polnischen oder ukrainischen Frauen waren so häufig, dass der Sicherheitsdienst (SD) 1943 in einem Bericht an das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) von der sogenannten »Ostehe« sprach. Viele deutsche Männer nähmen die Gelegenheit, ihre Familien nachziehen zu lassen, nicht wahr, um keine Schwierigkeiten mit ihren Geliebten zu bekommen. Diese Zustände rissen offenbar nicht ab. Im Mai 1944 berichtete ein Parteirichter von der steigenden Arbeitsbelastung der Parteigerichte im Generalgouvernement. Die meisten Fälle beträfen Alkoholexzesse und Verhältnisse mit polnischen Frauen.[30]

Etliche Deutsche aber begegneten den Polen im direkten Kontakt durchaus mit relativ normalen Umgangsformen, ohne dass sie Abstriche bei der antipolnischen Ausrichtung der Okkupationspolitik machten oder ihre tendenziell polenfeindliche Einstellung verleugneten.[31] Das spezielle Besatzungsklima ermöglichte es aber radikalen Vertretern auf allen Ebenen des Apparates, ihren Herrenmenschen-Allüren in der alltäglichen Begegnung mit Polen freien Lauf zu lassen. Polnische Beamte und Angestellte der Kreishauptmannschaft Busko zum Beispiel wurden wiederholt von Deutschen geschlagen, getreten und mit Reitpeitschen malträtiert, so dass sich der zuständige Kreishauptmann veranlasst sah, per Rundschreiben das Einstellen derartiger Gewaltakte zu fordern, da das Verprügeln unter ihrer Würde sei. Über ein ähnliches Verhalten bei der Eintreibung von Kontingenten seitens des stellvertretenden Kreis-

29 Aussage des Angestellten der Kreishauptmannschaft K.H., 17.12.1965, StArch MS, StA Dortmund, Zentralstelle, 45 Js 31/64 ./. Bartsch u. a., Bd. 9, Bl. 42; Aussage von A.K., 3.2.1966, ebenda, Bd. 9, Bl. 157; Aussage von E.B., 4.2.1966, ebenda, Bd. 9, Bl. 161; Aussage von M.S., 13.4.1966, ebenda, Bd. 10, Bl. 38 ff.; Aussage von M.P., 9.8.1966, ebenda, Bd. 12, Bl. 85 f. Sachstandsvermerk und Einstellungsverfügung der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund, 16.1.1967, StArch MS, StA Dortmund, Zentralstelle, 45 Js 31/64 ./. Bartsch u. a., Bd. 14, Bl. 44, Zitat ebenda.

30 Der KdS für den Distrikt Galizien an das RSHA, betr. Verhalten der Reichsdeutschen in den besetzten Gebieten, 26.6.1943, BAB, R 58/1002, Bl. 199 f.; SD-Bericht über die »Entartung der Verwaltungsbeamten im GG«, 14.5.1943, IfZ, MA 641, fr. 2142 ff., 2149 f. u. 2168 f.; Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 851 (Eintrag vom 13.5.1944).

31 Zum Beispiel Ludwig Leist. Vgl. Kulski, Zarząd Miejski, S. 70, 72 u. 80; Walichnowski, Rozmowy.

hauptmanns des Kreises Puławy berichtete die polnische Untergrundpresse. Eine Reitpeitsche als Machtsymbol führten etliche Kreishauptleute immer bei sich und wandten sie auch zur Misshandlung und Demütigung an.[32]

Die allgemeine Unberechenbarkeit deutscher Politik und des Verhaltens der Deutschen führten zu einer tiefgreifenden Angst und Verunsicherung der Bevölkerung. Klukowski brachte diese Gefühle in seinem Tagebuch zum Ausdruck: »Das nervöse Leben von Tag zu Tag zehrt uns ungemein aus, ständig Unruhe und Unsicherheit, nicht nur darüber, was mit uns in einem Monat oder in einer Woche, sondern sogar, was mit uns in einer Stunde sein wird. Wir leben in permanenter Angst vor Durchsuchungen, Verhaftungen, Prügeln, der Inhaftierung oder Internierung in irgendeinem entfernten Lager, vor der Aussiedlung, der Ausweisung aus der Wohnung, vor der Ausraubung und natürlich vor der Erschießung, die angesichts des unmenschlichen Quälens in den Gefängnissen und Lagern letztlich nicht immer der schlechteste Ausweg ist.«[33] Zahlreiche Verordnungen und Strafandrohungen, deren Befolgung das Überleben gefährdet hätten, regelten das Leben, so dass in einem Bericht an die polnische Exilregierung die Rede davon war, es habe sich so etwas wie eine »kriminelle Gemeinschaft« herausgebildet. Denn gesetzeskonformes Verhalten schützte auch nicht vor Brutalität und Terror. Der Wegfall anerkannter Autoritäten, die schlechten Arbeits- und Lohnverhältnisse sowie die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung auf offiziellem Wege führten zu einer Entwertung von Gesetzen und Normen und bedrohten den Zusammenhalt der Gesellschaft, stand doch die Sicherung des individuellen Überlebens zunächst im Vordergrund. Eine allgemein zu beobachtende Demoralisierung war die Folge. Sie manifestierte sich im rapide um sich greifenden Alkoholismus, in stark angestiegener allgemeiner Kriminalität, in Korruption und Denunziationen.[34]

32 Umlaufschreiben des Kreishauptmanns des Kreises Busko, betr.: Behandlung der im deutschen Behördendienst verwendeten früheren polnischen Beamten und Angestellten, 21.11.1940, IPN, Der Kreishauptmann in Busko, Innere Verwaltung 1939-1944, 164/13, Bl. 117; Biuletyn Informacyjny, 23.12.1941, in: Biuletyn Informacyjny, część I, S. 759; Musial, Zivilverwaltung, S. 58 f.

33 Klukowski, Dziennik, S. 154 (Eintrag vom 1.9.1940).

34 Dwa lata okupacji niemieckiej w Polsce, o. Datum, PISM, PRM 45c/23, S. 7. Vgl. dazu auch Gross, Polish Society, S. 115 u. 161; Engelking, »szanowny panie gistapo«, S. 35; Klukowski, Dziennik, S. 177 (Eintrag vom 10.1.1941); Kotula, Losy Żydów, S. 84 u. 125; Nastroje i morale społeczeństwa w generał gubernatorstwie, lipiec-październik 1940r., PISM, Kol. 25/10a, S. 4; Okulus, 50 lat, AZHRL, P-171, S. 190 f.

Das Phänomen der Denunziation kam bereits im frühen Stadium der deutschen Besatzungsherrschaft auf und blieb trotz aller Anstrengungen des Untergrunds, dem durch Propaganda und Prozessen entgegenzuwirken, virulent.[35] Die Denunziationen sind Ausdruck der tiefgreifenden Atomisierung und Demoralisierung der polnischen Gesellschaft während der deutschen Besatzungsherrschaft. Spielten materielle Motive aufgrund der Anonymität kaum eine Rolle, so sind die Beweggründe für eine Denunziation in erster Linie in Neid, Angst oder persönlichen Abrechnungen zu finden.[36] Die Besatzer versuchten dies auszunutzen. Befriedigt stellte so der Kreishauptmann des Kreises Krasnystaw im August 1940 fest, dass sich bei der Bekämpfung des Widerstandes immer wieder zeige, dass man »Gott sei Dank kein geschlossenes Volk gegen sich« habe: »Für einen Liter Schnaps verrät ein Pole ohne Bedenken den anderen. Diese Uneinigkeit müssen wir unter allen Umständen ausnützen.«[37]

Opfer von Denunziationen waren häufig auch Juden, die außerhalb der Ghettos untergetaucht waren, und Polen, die Juden bei sich verbargen oder ihnen in anderer Form halfen. Ein besonderes Phänomen waren die sogenannten »szmalcownicy«, Polen, die sich darauf spezialisiert hatten, mit falschen Papieren lebende Juden auszukundschaften oder auf der Straße ausfindig zu machen, sie zu erpressen und später oder sofort an die deutschen Behörden auszuliefern. Das war zum einen durch antisemitische Einstellungen motiviert, die in der Regel bereits aus der Vorkriegszeit herrührten. Zum anderen spielten materielle Motive eine große Rolle. Die Erpressung untergetauchter Juden und ihrer polnischen Helfer war für etliche der »szmalcownicy« ein einträgliches Geschäft. Die Deutschen schufen zusätzlich materielle Anreize, Juden außerhalb der Ghettos aufzugreifen oder zu ihrer Verhaftung beizutragen. Auf dem Lande verrieten Bauern jüdische Untergrundgruppen an die Deutschen, es kam aber auch zu Fällen, in denen Bauern versteckte Juden selbst gefangen nahmen oder ermordeten. Die Motivlage ist nicht einheitlich. War der Antisemitismus sicherlich bei einigen Triebfeder ihres Handelns,

35 Vgl. Biuletyn Informacyjny, 26.4.1940, in: Biuletyn Informacyjny, część I, S. 131; Biuletyn Informacyjny, 5.12.1940, in: ebenda, S. 335; Biuletyn Informacyjny, 3.4.1941, in: ebenda, S. 458; Klukowski, Dziennik, S. 102 f., 113 f. u. 332 (Einträge vom 19.2. u. 25.4.1940, 16.5.1943); Gondek, Polska karząca, insbes. S. 57 ff., 78 ff. u. 101.

36 Vgl. Engelking, »szanowny panie gistapo«, S. 84-99; dies., »Sehr geehrter Herr Gestapo«, S. 212 ff.

37 Der Kreishauptmann des Kreises Krasnystaw, Lagebericht, 10.9.1940, BAB, R 52 III/23, Bl. 77.

spielte aber auch der Umstand eine Rolle, dass die Bauern aus Angst vor Repressalien vonseiten der Deutschen Juden verrieten. Außerdem waren die Landwirte eine besondere Zielgruppe: Sie wurden von den Deutschen ausgebeutet und zusätzlich häufig von Untergrundgruppen oder gewöhnlichen kriminellen Banden aufgesucht und zur Herausgabe von Lebensmitteln gezwungen.[38]

Neben der Wahrung sozialer Normen, der Informierung der Gesellschaft über wichtige Ereignisse mittels der Untergrundpresse und der Verfolgung von Denunzianten sah die Widerstandsbewegung in der Bekämpfung von Kollaborateuren und von besonders radikalen deutschen Besatzungsfunktionären sowie in der Durchführung von Sabotageakten ein wichtiges Arbeitsfeld. Auf diese Weise konnte sie in zwei Richtungen wirken: Einmal suchten derartige Aktionen Kontrolle über die Gesellschaft zu gewinnen und die Moral zu heben. Auf der anderen Seite war es das erklärte Ziel, eine reibungslose Herrschaftsausübung der Deutschen unmöglich zu machen.[39]

Die Untergrundpresse veröffentlichte, versehen mit Warnungen, die Namen von polnischen Kollaborateuren und Verrätern mit Angabe ihrer Verfehlung. Mit zunehmender Dauer der Besatzungsherrschaft verhängten polnische Untergrundgerichte verstärkt Todesurteile gegen Kollaborateure und deutsche Funktionäre, die sich in besonderer Weise exponierten. Die bewaffneten Verbände des polnischen Untergrundstaates vollstreckten die Urteile, worüber wiederum die konspirative Presse berichtete. Letzteres richtete sich als Warnung an die Deutschen und an allzu kooperative und kollaborationswillige Polen in deutschem Dienst oder in der polnischen Selbstverwaltung. Des Weiteren demonstrierte der Widerstand durch solche Akte und ihre propagandistische Verbreitung den Deutschen wie der polnischen Gesellschaft seine Schlagkraft.[40]

38 Engelking, »szanowny panie gistapo«, S. 44 ff. u. 99 ff.; Grabowski, »Ja tego Żyda znam!«, passim; Klukowski, Dziennik, S. 299 (Eintrag vom 26.11.1942); Kotula, Losy Żydów, S. 148 u. 161. Dem polnisch-jüdischen Verhältnis während der Besatzung wäre eine eigene Arbeit zu widmen. Vgl. dazu Polacy; Gutman/Krakowski, Unequal Victims; Sauerland, Polen und Juden; Ringelblum, Stosunki; Kosmala, Ungleiche Opfer; Szarota, U progu zagłady.

39 Zum Beispiel Instruktion von General Sosnkowski an Oberst Rowecki über die Bildung des Związek Walki Zbrojnej (ZWZ), 4.12.1939, in: AK w dokumentach, Bd. 1, S. 11; Oberst Rowecki an General Sosnkowski, Wytyczny działań sabotażowo-dywersyjnych, 19.3.1940, in: ebenda, S. 181.

40 Vgl. Biuletyn Informacyjny Nr. 9 (164), 4.3.1943, in: Biuletyn Informacyjny, część II, S. 1278; Vermerk von Ministerialrat Tittel, 11.7.1944, BAB, R 1501

Ziel von Attentaten waren unter den Deutschen bevorzugt auch Kreishauptleute, Stadt- und Landkommissare, Leiter und Bedienstete der Arbeitsämter und Angehörige des SS- und Polizeiapparats. Solche gezielten Aktionen setzten verstärkt ab Mitte 1942 ein, als der londontreue polnische Untergrund die relative Zurückhaltung bei bewaffneten Widerstandsaktionen ablegte, die bis dahin wegen langfristig angelegter Vorbereitungen für einen Aufstand gegolten hatte. Zuvor bestand auch die Befürchtung, den Rückhalt in der Bevölkerung aufgrund der Repressionen vonseiten der Deutschen zu verlieren, die auf jeden Akt bewaffneten Widerstandes folgten. Die vermehrte Einsicht, unabhängig von Attentaten ohnehin Opfer nicht nachlassender Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen der Deutschen zu sein, trug zu diesem Strategiewechsel bei. Vereinzelt wurden jedoch schon vorher gezielte Anschläge auf deutsche Funktionäre verübt.[41]

Spätestens ab 1943 verging kaum eine Woche ohne ein oder mehrere Attentate auf deutsche Funktionäre, Dienststellen und sonstige Einrichtungen. Betroffen waren alle Ebenen des Besatzungsapparates bis hinauf zu Generalgouverneur Frank und dem Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) Friedrich-Wilhelm Krüger, die beide die Attentatsversuche unbeschadet überstanden. Bei Attentaten wurden zum Beispiel der SS- und Polizeiführer (SSPF) des Distrikts Warschau, Franz Kutschera, der Leiter und mehrere Beamte des Arbeitsamtes in Warschau, der Leiter des dortigen Wohnungsamtes, die Kreislandwirte der Kreise Mińsk Mazowiecki, Końskie und Opatów, der Kommandant der deutschen Polizei in Mińsk Mazowiecki, der Leiter der Gestapo in Siedlce und viele mehr getötet.[42]

PA/6397, o.P.; Landau, Kronika, t. 2, S. 415 (Eintrag vom 14.5.1943); Musial, Zivilverwaltung, S. 396.

41 Vgl. Szarota, Warschau, S. 268; Brief von E. Gramß an seine Frau, ohne Datum, ca. Mitte Juni 1940.

42 Vgl. Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 648, 777 u. 781 (Einträge vom 20.4.1943, 29.1. u. 1.2.1944); Karmiński, Diariusz, S. 247 (Eintrag vom 20.4.1943); Landau, Kronika, t. 2, S. 366 f. (Eintrag vom 24.4.1943), t. 3, S. 596 u. 599 f. (Einträge vom 1.2. u. 2.2.1944); Hosenfeld, »Ich versuche jeden zu retten«, S. 457; Biuletyn Informacyjny Nr. 4 (159), 28.1.1943, in: Biuletyn Informacyjny, część II, S. 1236; Biuletyn Informacyjny Nr. 15 (170), 15.4.1943, in: ebenda, S. 1324 u. 1332; Biuletyn Informacyjny Nr. 17 (172), 29.4.1943, in: ebenda, S. 1344 u. 1421 f.; Biuletyn Informacyjny Nr. 51 (206), 23.12.1943, in: ebenda, S. 1650; Biuletyn Informacyjny Nr. 1 (208), 6.1.1944, in: ebenda, część III, S. 1650; Biuletyn Informacyjny Nr. 21 (228), in: ebenda, S. 2034; Biuletyn Informacyjny Nr. 25 (232), 22.6.1944, in: ebenda, S. 2077; Brief von Heinz Doering an seine Frau und seine Mutter, 4.12.1942.

Gezielten Attentaten der polnischen Widerstandsbewegung fielen auch einige Kreishauptleute zum Opfer, vornehmlich besonders radikale Amtsinhaber. Der erste Kreishauptmann, der bei einem Attentat polnischer Widerstandskämpfer ums Leben kam, war der Chef der Verwaltung des Kreises Biała Podlaska, Hubert Kühl. Er und seine Frau wurden am 20. Dezember 1942 während einer nächtlichen Autofahrt erschossen. Von diesem Vorfall und den vermeintlichen Ursachen berichtete Doering wenig später: »Die Folge einer nächtlichen Autofahrt u. vor allem Rache. Er [Kühl] hat nämlich eigenhändig 5 u. seine Frau 4 Polen erschossen!! Nicht etwa in Notwehr oder im Kampf, sondern so. Wenn einer den Henker spielt, braucht man sich ja über nichts zu wundern.« Grundsätzlich lehnte Doering die Erschießung der Polen nicht ab, nur sich selbst hätte der Kreishauptmann nicht die Finger schmutzig machen müssen, denn, so Doering weiter: »Ich bin nur der Meinung, dass ein Kreishauptmann für so was nicht da ist, und noch weniger seine Frau!!! Dafür hat er doch seine SS. Da sind ja genug Leute, die in diesem Handwerk grössere Übung haben, als er selber. Siehe die Judenaktionen.«[43]

Genaue Zahlenangaben über Anschlagsopfer im Generalgouvernement existieren nicht. Generalgouverneur Frank nannte im Oktober 1943 bei einer Besprechung die Zahl von fast 1000 getöteten Deutschen. Auf einer Arbeitssitzung zur Sicherheitslage wurden allein für den Zeitraum vom 1. Januar bis 24. Mai 1943 86 getötete Deutsche im Distrikt Warschau genannt, im Distrikt Lublin waren es bis zum 19. Mai insgesamt 98 Deutsche, die bei Überfällen getötet worden sind. Im Distrikt Radom sind in den ersten vier Monaten 1943 50 Deutsche ermordet worden, im Kreis Kraśnik allein im Zeitraum von Mai 1943 bis Juli 1944 insgesamt 92 Reichsdeutsche und sieben Volksdeutsche.[44]

Die Untergrundkämpfer demonstrierten durch solche Akte nicht nur ihre Stärke, sondern erreichten darüber hinaus eine starke Verunsicherung und anschwellende Angst der Deutschen. Dies entlud sich im verstärkten Wunsch nach Rache und Durchführung von Vergeltungsaktionen: »Heute nachts soll wieder ein schweres Eisenbahnattentat verübt

43 Brief von H. Doering an seine Frau und seine Mutter, 10.1.1943. Auch die Kreishauptleute Karl Adam, Reinhold Eckert und Carl Ludwig Freudenthal fielen Attentaten zum Opfer.

44 Vgl. Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 663, 679 u. 743 (Einträge vom 26.5., 31.5. u. 23.10.1943); Chodakiewicz, Nazis, S. 355. Im Distrikt Warschau lebten Ende 1942 ca. 78.000 Reichsdeutsche, im Distrikt Lublin 44.000, im Distrikt Radom 55.000, vgl. Madajczyk, Okkupationspolitik, S. 238. 1942 lebten rund 1.400 Reichsdeutsche im Kreis Kraśnik, vgl. Chodakiewicz, Nazis, S. 351.

[worden] sein. Näheres weiss ich noch nicht. Hoffentlich hängen sie wieder genügend Geisseln auf«[45], schrieb beispielsweise Heinz Doering. Offenkundig lösten die intensivierten Aktivitäten des Widerstands einen Radikalisierungsprozess aus, so dass er nun pauschal das Hängen von Geiseln forderte. Drei Monate zuvor hatte er noch derartige Maßnahmen als Reaktion auf einen Sabotageakt beklagt.

Die wachsende Furcht der Deutschen um ihr Leben führte zu einer noch stärkeren Abschottung von der polnischen Bevölkerung, einer regelrechten Verbarrikadierung und zunehmenden Immobilität der Beamten auf dem Lande. Heinz Ehaus, Kreishauptmann in Rzeszów/Reichshof, ließ die nach Süden liegenden Fenster seines Hauses zumauern, da er einen Anschlag aus einem weiter entfernten gegenüberliegenden Haus befürchtete. Der Kreishauptmann des Kreises Biłgoraj berichtete im Mai 1943, Züge von Biłgoraj nach Cholm würden von »Banditen« häufig nach Deutschen durchsucht, und einige Polizeiposten hätten wegen verstärkter Überfälle aufgelöst werden müssen. Außerdem befürchtete er für die nächste Zeit einen Angriff auf die Kreisstadt. Daher würden die Deutschen nachts in einem Gebäude zusammengezogen. Deutsche Behörden in Warschau reagierten auf die zahlreichen Anschläge mit einer Abriegelung, so dass ihre Dienstsitze nach einem Bericht der Untergrundpresse bereits kleinen Festungen glichen. Verstärkter Alkoholkonsum und Resignation waren weitere Anzeichen einer Demoralisierung der Deutschen. Zu ausschweifenden Trinkgelagen kam es auch zuvor schon häufig, durch die schlechter werdende Sicherheitslage und den für das Deutsche Reich ungünstigen Kriegsverlauf trat dieses Phänomen allerdings vermehrt auf. Die herannahende Front im Osten bewirkte schließlich ein Übriges. Einige versuchten nun, durch einen gemäßigteren und freundlicheren Umgang mit Polen ihre Position zu verbessern.[46]

45 Brief von H. Doering an seine Mutter, 11.9.1942. Vgl. auch Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 734 (Eintrag vom 27.9.1943). Zum Folgenden Brief von H. Doering an seine Mutter, 29.6.1942.

46 Vgl. Kotula, Losy Żydów, S. 89; Biuletyn Informacyjny Nr. 16 (171), 20.4.1943, in: Biuletyn Informacyjny, część II, S. 1343; Klukowski, Dziennik, S. 331 u. 377 (Einträge 14.5.1943 u. 29.10.1943); Rybicki, Pod znakiem, S. 297 u. 331; Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 672 (Eintrag vom 29.5.1943); Siebert, Verwaltungswirrwarr, BA Bayreuth, Ost-Dok. 13/237, Bl. 11; SD-Bericht über die »Entartung der Verwaltungsbeamten im GG«, 14.5.1943, IfZ, MA 641, fr. 2155.

Deutsche und Juden

Die Beziehungen zwischen Deutschen und Juden im Generalgouvernement waren von grundlegend anderer Art als die zwischen Deutschen und Polen. Antisemitische Anschauungen hatten eine lange Tradition bis hin zu den Ursprüngen des Christentums. Im 19. Jahrhundert veränderte sich der christlich geprägte Antijudaismus im Zuge des Erfolgs moderner Wissenschaften, einer Wissenschaftsgläubigkeit und der Entstehung der Nationalstaaten hin zum rassischen Antisemitismus, er erreichte eine neue Radikalität und wurde zum »kulturellen Code« (Volkov) in Deutschland.[47] Mit der Machtübernahme 1933 gelangte schließlich eine radikal antisemitische Bewegung an die Regierung und konnte so den Antisemitismus in vielfältiger Weise in Regierungshandeln umsetzen.

1939 begegneten die Deutschen in Polen erstmals denjenigen Juden, von denen in ihrer Propaganda zuvor immer die Rede gewesen war. War diese vorher im Hinblick auf die assimilierten deutschen Juden nicht immer nachvollziehbar, wurde sie nun in der Konfrontation mit den Ostjuden einsehbar. In Polen bot sich den Deutschen ein fundamental anderes Bild: Der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung auf dem Gebiet des Generalgouvernements (ohne den Distrikt Galizien) betrug 1942 rund 15 Prozent. In vielen Kleinstädten der polnischen Provinz, wo die Kreishauptleute mehrheitlich eingesetzt waren, war der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung noch deutlich höher.[48] Die polnischen Ostjuden mit ihrem traditionellen Erscheinungsbild stachen den Besatzern ins Auge und wirkten allein schon wegen ihrer hohen Zahl bedrohlich auf die ideologisch vorgeprägten Deutschen. In der Folge kam es bei vielen zu einer Radikalisierung ihrer antisemitischen Weltanschauung, die sich bald schon in Taten entlud.[49]

Leute wie Ernst Gramß, der im November 1939 ins Generalgouvernement kam, erlebten dort eine Art Kulturschock. Angewidert schilderte Gramß seiner Frau die Bahnfahrt nach Krakau: »eine große Armut blickt ein[en] an, trostloses Bild, keine Einwirkungen des Krieges sichtbar, später durch einzelne Judendörfer, ein einfach unbeschreibliches Bild, Lastergesichter, Dreck, alles steht an den Häusern faul gelehnt, Judentypen, die einzigartig sind, geschlagener Blick, z.T. Degenerationserscheinungen wie Zwergwuchs, Fettleibigkeit«[50]. Bald schon hatte Gramß aus sei-

47 Vgl. Browning, Entfesselung, S. 13 ff.
48 Zahlenangaben nach Musial, Zivilverwaltung, S. 181 f.
49 Vgl. dazu auch Musial, Zivilverwaltung, S. 183; Browning, Entfesselung, S. 32.
50 Brief von E. Gramß an seine Frau, o.D., November/Dezember 1939.

nen Beobachtungen radikale Schlüsse gezogen. Aus Warschau schrieb er an seine Frau: »Die Judenviertel sind eine Schande, 300 000 Juden, was hier an Verbrechergesichtern sich zeigt in solchen Massen, – nur ein Gedanke – ausrotten, *es wäre ein Segen für die Menschheit*.«[51] Der Schritt vom Gedanken zur Tat war nun nicht mehr groß. Kurze Zeit später berichtete er, er werde die ersten Juden hängen lassen. Den Vorwand lieferte ihm der Vorwurf der Preistreiberei und des Schwarzhandels.[52]

Gramß war bei weitem kein Einzelfall. Zahlreiche andere reagierten ähnlich geschockt. Ein Gefreiter beschrieb seine Eindrücke in einem Brief vom 11. September 1940: »Als unsere Fahrt beendet war, befanden wir uns in einer Stadt, deren Bevölkerung zu 80 Prozent Juden waren. Was das heißt, kann nur der ermessen, der Polen und seine Juden kennt. Schon der einzelne von ihnen, mit Bart und Kaftan, ist ein widerwärtiger Anblick, aber gleich Tausende von dieser Sorte, das ist beinahe zu viel. Was helfen alle sonstigen Verbesserungen, diesen Menschen will und kann man wohl nicht ändern.«[53] Diese Wahrnehmungsmuster waren nicht auf Besatzungsfunktionäre und Soldaten beschränkt, sondern entfalteten bis in die Führungsspitze des NS-Regimes Wirkung. Propagandaminister Joseph Goebbels reiste Anfang November 1939 ins gerade eroberte Polen und nutzte die Gelegenheit, sich ein Bild von den Juden in Łódź zu machen. In seinem Tagebuch hielt er angewidert fest: »Fahrt durch das Ghetto[54]. Wir steigen aus und besichtigen alles eingehend. Es ist unbeschreiblich. Das sind keine Menschen mehr, das sind Tiere. Das ist deshalb auch keine humanitäre, sondern eine chirurgische Aufgabe. Man muß hier Schnitte tuen, und zwar ganz radikale. Sonst geht Europa an der jüdischen Krankheit zugrunde.«[55] Nicht zuletzt solche Reaktionen trugen viel zur Radikalisierung der NS-Judenpolitik bei.

So kam beides zusammen: Eine Radikalisierung antisemitischer Einstellungen »oben« wie »unten«, in denen man sich weithin einig wusste.

51 Brief von E. Gramß an seine Frau, o.D., November/Dezember 1939 (Hervorhebung im Original). Dieser Brief wurde kurze Zeit nach dem vorstehend zitierten Brief geschrieben.

52 Brief von E. Gramß an seine Frau, o.D.

53 Manoschek, »Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung«, S. 17.

54 Die Bildung des Ghettos wurde erst am 8.2.1940 befohlen, abgeriegelt wurde es am 30.4.1940. Goebbels meint hier sehr wahrscheinlich einen überwiegend von Juden bewohnten Stadtteil.

55 Fröhlich, Elke (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil I: Aufzeichnungen 1923-1941. Band 7: Juli 1939-März 1940. München 1998, S. 177 (Eintrag vom 2.11.1939). Zu ähnlichen Reaktionen der NS-Führung vgl. Friedländer, Jahre, S. 42 f.

Zum ersten Jahrestag der Erweiterung des Generalgouvernements um den Distrikt Galizien hielt Generalgouverneur Frank am 1. August 1942 eine Rede in Lemberg und erinnerte an seine Eindrücke im Herbst 1939, als er in Posen auf die dortigen Juden traf: »das war ja nicht zu beschreiben, was da für Juden umeinanderliefen, von einer Scheußlichkeit, daß man sich wundern muß, daß die Erde ihren Betrieb nicht eingestellt hat, […] Juden von einer so erschütternden Grauenhaftigkeit, daß ich glaube, auch der erbittertste Gegner der nationalsozialistischen Bewegung wäre eines anderen belehrt worden, wenn er das hätte sehen können.«[56] Die große Heiterkeit, mit der das Publikum derartige Äußerungen und die mit ihnen verknüpften zynischen Anspielungen auf die laufende Ermordung der Juden im Generalgouvernement aufnahm, deuten auf einen breiten antisemitischen Konsens innerhalb des deutschen Besatzungsapparats hin.

Die massive und schockartig wirkende Konfrontation mit den Ostjuden in Polen bekräftigte und verstärkte nicht allein die antisemitische Grundeinstellung vieler Besatzer. Sie selbst waren es, die durch das Zusammenpferchen der Juden in den Ghettos auf engstem Raum, durch Hungerrationen und Zwangsarbeit ein Ausmaß an Verelendung verursachten, das ihnen wiederum als Bestätigung ihrer antisemitischen Stereotype erschien und als Rechtfertigung und Motivation für weitere, drastischere Maßnahmen diente. Das Propagandabild vom schmutzigen Ostjuden als Seuchenträger haben sie durch ihre Politik erst Wirklichkeit werden lassen.[57]

Die Antisemiten auf allen Ebenen der deutschen Besatzungsverwaltung schufen durch ihre radikalen Äußerungen und ihr entsprechendes Handeln eine »antisemitische Kommunikation« im Besatzungsapparat und waren damit tonangebend. Sie bestätigten und bestärkten sich gegenseitig in ihren extremen Anschauungen.[58] Gemäßigte Besatzungsfunktionäre und Andersdenkende wurden so an den Rand gedrängt. Sie verbargen ihre wahren Ansichten, funktionierten nichtsdestoweniger reibungslos auf ihren Posten oder aber versuchten, die Verwaltung zu verlassen. Eine verschwindend kleine Minderheit unter den Deutschen jedoch riskierte viel, um den verfolgten Juden in irgendeiner Form zu helfen.[59]

56 Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 533 (Eintrag vom 1.8.1942).

57 Vgl. Pohl, Judenverfolgung, S. 304; Musial, Zivilverwaltung, S. 186 f.

58 Vgl. Pohl, Judenverfolgung, S. 304.

59 Beispiele in: Wette, Retter; Sandkühler, »Endlösung«, S. 290-405; Schmalz-Jacobsen, Zwei Bäume; Lexikon der Gerechten, S. 145 f. u. 196 ff.; Fuss, Als ein anderer leben, S. 52 u. 60.

Konkrete Hinweise auf Hilfen für Juden seitens der Kreishauptleute sind nur spärlich vorhanden.[60] Alfons Oswald, bis zum Juni 1941 Kreishauptmann des Kreises Dębica, versuchte im August 1942 als Leiter der Abteilung Innere Verwaltung im Distrikt Radom einer jüdischen Familie zu helfen. Am 7. August bat er den Stadthauptmann von Radom, Josef-Nusyn Helcman in die Handwerkerstube aufzunehmen, da dieser für ihn und viele andere der Verwaltung sehr zufriedenstellend gearbeitet habe. Auch Helcmans Frau und sein Sohn sollten aufgenommen werden, da sie bei diesem gearbeitet hätten. Nur zwei Tage bevor Oswald sich mit diesem Schreiben für Helcman eingesetzt hat, war in Radom das sogenannte kleine Ghetto geräumt worden. Ab dem 16. August wurde schließlich auch das große Ghetto in der Innenstadt geräumt. Mindestens 20 000 Ghetto-Bewohner wurden nach Treblinka deportiert und dort ermordet, nur ca. 3 000 sogenannte »Arbeitsjuden« verblieben in Radom. Helcman blieb von den Deportationen zunächst verschont, kam im Februar 1944 nach Auschwitz und von dort ein Jahr später ins Konzentrationslager Mauthausen, wo er im März 1945 starb.[61]

Mogens von Harbou, Kreishauptmann in Tarnopol, war ebenfalls bemüht, einem Juden und seiner Familie zu helfen. Er beschäftigte ihn in der Kreishauptmannschaft und deckte ihn, solange es ging. Als jedoch die Sicherheitspolizei Verdacht geschöpft hatte, verhalf Harbou ihm und seiner Familie zur Flucht. Es gelang ihnen, den Krieg zu überleben. Obwohl der Sicherheitspolizei bekannt war, dass Harbou die jüdische Herkunft seines Mitarbeiters kannte, blieb er unbehelligt.[62] Aber auch diese Kreishauptleute arbeiteten in anderen Bereichen augenscheinlich ganz im Sinne der Ziele deutscher Besatzungspolitik.

60 Manche behaupteten nach 1945, sie hätten Juden in verschiedener Form geholfen, ohne dass sich hierfür allerdings Belege oder Anzeichen finden ließen. In der Regel waren es wohl Schutzbehauptungen. Beispiel ist dafür Claus Volkmann, der daran bis zuletzt festhielt. Vgl. Völklein, Die verweigerte Schuld, S. 66 f., 70 f., 120, 179. Ebenso im Spiegel-Interview, in: Der Spiegel, 9.10.1995, S. 250.

61 Schreiben des Leiters der Abteilung Innere Verwaltung an den Stadthauptmann in Radom, 7.8.1942, NL Oswald; Konzentrationslager Mauthausen, Häftlings-Personal-Karte Helcman, Nusyn, ITS Archiv, Dok.Nr. 1484185#1; Auszug aus dem Totenbuch des KZ Mauthausen, ebenda, Dok.Nr. 1291601#1; Seidel, Besatzungspolitik, S. 323 u. 325; Urbański, Zagłada, S. 162 ff.; Rutkowski, Martyrologium, S. 138.

62 Heinrich Bronner, Eidesstattliche Erklärung, 1.6.1946, NL von Harbou: SD-Bericht über die »Entartung der Verwaltungsbeamten im GG«, 14.5.1943, IfZ, MA 641.

Schon in den ersten Tagen des Überfalls auf Polen jedoch wurde durch entfesselte Gewaltakte gegen Juden und durch Verordnungen wie die über die Kennzeichnung der Juden die Richtung vorgegeben. Über den Rahmen der offiziellen Verfolgungspolitik hinaus waren Juden mit dem Einmarsch der Wehrmacht Gewalt, Drangsalierungen und Demütigungen in der alltäglichen Begegnung mit Deutschen ausgesetzt.[63] Das gehörte auch nach den ersten Wochen der Besetzung Polens weiterhin zum Alltag. Heinz Ehaus schlug Juden wiederholt mit seiner Peitsche. Später wollte er seine Handlungsweise gesetzlich abgesichert und legitimiert sehen, indem er die offizielle Einführung der Prügelstrafe forderte.[64]

Derartige Verhaltensweisen und Einstellungen stießen jedoch auch in deutschen Kreisen auf Kritik, ohne dass diese sich grundsätzlich gegen die Verfolgung und Ermordung der Juden richten musste, was der Auszug aus einem Brief von Heinz Doering an seine Mutter illustriert. Doering hatte beobachtet, wie ein Aufseher jüdische Arbeiter mit einer großen Reitpeitsche malträtierte, und kommentierte das: »Schön ist das ja nicht. Mit der Ausrottung der Juden aus Europa gehe ich ganz einig. Aber diese sadistische Prügelei ist nicht mehr feierlich. Gegen die Quälerei von Schlachtvieh hat man Gesetze erlassen. So sollte man m.E. die Juden beseitigen, aber nicht noch zum Spass peinigen, wenn man auf der anderen Seite glaubt, ihre Arbeit nicht entbehren zu können, worüber ich allerdings wieder anderer Meinung bin. Ich wäre mehr für restlose Beseitigung.«[65] Kritikwürdig war weniger das *Ob* als das *Wie*.

Neben der offiziellen Verfolgung und Ausbeutung der Juden sowie der Gewalt und Brutalität im Alltag waren die Beziehungen zwischen Deutschen und Juden vor allem durch die Ausbeutung der Juden für private Zwecke gekennzeichnet. Viele Kreishauptleute und andere Deutsche nutzten die vollkommen entrechtete Stellung der Juden hemmungslos aus, um sich das Leben angenehmer zu gestalten. Im Gegensatz zum Deutschen Reich konnten sie sich im Generalgouvernement so ein Leben mit jüdischen Bediensteten, den sogenannten »Hausjuden«, leisten. Juden wurden als Pferdepfleger, Friseure, Schneider, Schuster und Zahn-

63 Vgl. Kotula, Losy Żydów, S. 22 u. 25; Klukowski, Dziennik, S. 61 u. 67 (Einträge 14.10.1939 u. 30.10.1939); Życie i zagłada, S. 73, 128, 141 u. 144.

64 Lagebericht des Kreishauptmanns Reichshof für September 1940, 30.9.1940, IPN, NTN 275, Bl. 83 f.; D. Troschke, »Polen als Nebenland des Deutschen Reiches«, Tagebuchblätter aus dem Generalgouvernement 1940-1945, BA Bayreuth, Ost-Dok. 13/234, Bl. 51 (Juni 1940).

65 Brief von H. Doering an seine Mutter, 29.9.1942.

ärzte gegen äußerst geringe oder gar keine Bezahlung in Anspruch genommen.[66]

Lebensstil und Selbstbild

Als Ernst Gramß im Juni 1940 Kreishauptmann in Sokołów wurde, war er am Ziel seiner Karrierewünsche angelangt. Euphorisch und voller Vorfreude schrieb er seiner Frau von der bevorstehenden Einsetzung als Kreishauptmann, er werde »unumschränkter König in den vereinigten Königreichen Sochaczew u. Blonie[67], […] alles kann jetzt klappen, auch der Hof, denn dort sind schöne Güter […]. In den nächsten Tagen werde ich schon eingeführt, der Gouv[erneur] wird d. Thronrede halten u. ich werde mein Volk begrüßen.«[68] In seinem Bild vom »unumschränkten König« sah sich Gramß durch die herausragende Machtstellung des Kreishauptmanns bestätigt, denn er habe nun, wie er zufrieden schreibt, »alle Gebiete, Juristerei, Wirtschaft, Kultur, Landwirtschaft, Verwaltung, Forst, Arbeit, Schiffahrt, Verkehr, *Polizei*«, unter sich, die Kreishauptleute seien »kleine Statthalter, die Spitze im Kreis«. Besondere Freude und geradezu Genugtuung empfand er angesichts der Tatsache, dass er der »muffigen Atmosphäre« des Reichsnährstandes entkommen war und nun fern vom Reich mit allen seinen Einschränkungen einen Lebensstil pflegen konnte, der einem König angemessen zu sein schien: »Ich habe hier einen herrlichen Sitz, 2 Reitpferde, Wagen u. was zu einer repräsentablen Lebensführung als ›kleiner Gouverneur‹ gehört. Schwimmbad im Park – Sauna wird gebaut. […] [I]ch bin hier König im Land, schwere verantwortungsvolle Arbeit, ein richtiges Gebiet […]. Hier kannst Du im Park baden, reiten, schwimmen, liegen, brauchst Dich um keinen Haushalt zu kümmern, Kindermädchen usw. alles da.«[69]

In den nächsten Monaten machte er sich daran, den Komfort weiter auszubauen. Im Park ließ er eine Reitbahn anlegen, über die Bäche im

66 SD-Bericht über die »Entartung der Verwaltungsbeamten im GG«, 14.5.1943, IfZ, MA 641, fr. 2274 f.; Brief des Justiz-Inspektors J.S. vom Deutschen Obergericht Radom, 14.11.1941, in: Buchbender/Sterz, Gesicht, S. 170; Musial, Zivilverwaltung, S. 188 f.; Kotula, Losy Żydów, S. 81.

67 Zu diesem Zeitpunkt ging er noch davon aus, er werde Kreishauptmann des Kreises Sochaczew-Błonie, wenig später fiel jedoch die Entscheidung für die Kreishauptmannschaft Sokołów.

68 Brief von E. Gramß an seine Frau, o.D., Ende Mai/Anfang Juni 1940 (Hervorhebung im Original). Das folgende Zitat ebenda.

69 Brief von E. Gramß an seine Frau, o.D., sehr wahrscheinlich 11.6.1940.

Park ließ er kleine Brücken bauen und sogar ein »Kavalierhaus« errichten. Das Schloss ließ er entsprechend ausstatten, jüdische Handwerker fertigten eigens neue Möbel an; es verfügte über einen großen Salon, in dem Konzerte stattfanden, die Wochenschau sowie Filme vorgeführt wurden. Der rasante soziale Aufstieg, den die Position als Kreishauptmann mit sich brachte, manifestierte sich auch darin, dass er nun über ausreichend Personal verfügte, das der gesamten Familie ein angenehmes Leben bereitete, so unter anderen über zwei polnische Kindermädchen, einen polnischen Hausdiener und Küchenpersonal. Der luxuriöse Lebensstil und die weitaus bessere Bezahlung waren ihm so angenehm, dass er sie nicht mehr missen wollte und seiner Frau schrieb, für immer dort bleiben zu wollen.[70]

Das Selbstverständnis und der Lebensstil von Ernst Gramß waren in vielem typisch für etliche Deutsche im Generalgouvernement, insbesondere für die Kreis- und Stadthauptleute. Einen luxuriösen Lebensstil auf Kosten der Bevölkerung pflegten viele von ihnen. Carl-Ludwig Freudenthal, Kreishauptmann in Garwolin, ließ sich ebenfalls einen Reitplatz und ein Schwimmbecken anlegen. Dabei nutzte er die totale Entrechtung der Juden aus, indem er sich für diese Arbeiten jüdische Männer und Frauen aus dem Ghetto in Żelechów kommen ließ. Wie viele seiner Kollegen auch hatte Freudenthal Reitpferde; in einem Fall soll er einen Bauer in das Arbeitslager, das von der Kreishauptmannschaft eingerichtet worden ist, eingewiesen haben, um sich dessen Reitpferd anzueignen. Polnisches und jüdisches Personal, große Landsitze, Pferde und ausgiebige Jagden wurden für viele Kreishauptleute zur Selbstverständlichkeit. Vielfach nahmen sie die besten Häuser im Ort in Besitz, statteten sie großzügig mit kostbaren Möbeln und Gegenständen aus, oftmals aus jüdischem Besitz. Die Vorbesitzer wurden aus ihren Häusern vertrieben.[71]

70 Brief von E. Gramß an seine Frau, o.D., sehr wahrscheinlich 11.6.1940; Brief von E. Gramß an seine Frau, o.D., ca. Sommer 1940; Brief von E. Gramß an seine Frau, o.D., ca. 2. Märzhälfte 1941; Brief von E. Gramß an seine Frau, o.D., ca. März/April 1941; Brief von E. Gramß an seine Frau, o.D., ca. Ende Juni 1940; mündl. Auskunft der Familie an den Verf., 20.7.2005.

71 Vernehmung von A.K., 25.1.1966, BAL, B 162/II 211 AR-Z 73/66, Bd. 2, Bl. 140; Vernehmung von A.S., 6.10.1965, ebenda, Bl. 16 f.; SD-Bericht über die »Entartung der Verwaltungsbeamten im GG«, 14.5.1943, IfZ, MA 641, passim; Brief von H. Doering an seine Frau und seine Mutter, 24.11.1942; Cuhorst, Fritz, Meine Verwendung in Polen, 3. Teil Lodz-Warschau-Lublin, Stadtarchiv Stuttgart, Personalamt Stuttgart, Personalakte Cuhorst, Fritz, o.P.; Kotula, Losy Żydów, S. 57; Jordan, Polnische Jahre, S. 83 f.; Madajczyk, Okkupationspolitik, S. 179.

All das machte den Posten des Kreishauptmanns äußerst begehrt, zumal eine enorme Handlungsfreiheit lockte. Doering, hochgradig frustriert von den Zuständen in der Krakauer Zentralverwaltung, projizierte alle Hoffnung darauf: »In der inneren Verwaltung bleibe ich bestimmt nicht. Diese Rechtsanwaltswirtschaft habe ich reichlich satt bekommen. […] Da draussen bin ich mein eigener Herr u. sehe von all diesen traurigen Angebern hier nichts.«[72] Monatelang arbeitete er auf die Einsetzung als Kreishauptmann hin. Das Leben im besetzten Krakau war für ihn und seine Frau zwar äußerst angenehm, doch das reichte ihm bei weitem nicht: »Ich habe an sich jetzt das schönste Leben: wenig Arbeit, viel freie Zeit und viel Geld. Was will man mehr. Wenn nur der Tatendrang u. der Ehrgeiz nicht wären.«[73] Mit dem Posten des Kreishauptmanns verband er die Hoffnung, seinen Tatendrang ungebunden entfalten und noch dazu ein wesentlich angenehmeres Leben führen zu können: »Aber hinter allem steht jetzt die Aussicht auf eine Kreishauptmannschaft, auf Selbständigkeit, praktische Arbeit, ein neues, richtiges Familienleben, ein Auto, Pferde, u.s.w. Ich habe noch grosse Pläne dabei.«[74]

Nicht nur die Selbstständigkeit und das komfortable Leben des Kreishauptmanns machten diese Position so attraktiv; hinzukamen ein fehlgeleiteter Idealismus und das Selbstbild, »fanatische Pioniere des Ostens«[75] zu sein. Die Kreis- und Stadthauptleute sahen sich wie viele andere deutsche Besatzungsfunktionäre auch als »Träger einer zeitlich nicht begrenzten Mission«[76] im Osten, der nach Jahrhunderten polnischer Herrschaft endlich wieder deutscher Machtbereich geworden sei. Als Vorkämpfer und Gestalter des neuen »Lebensraums im Osten« wollten sie Maßstäbe setzen. »Im Osten« galt es zu herrschen, nicht zu verwalten, wie Joachim Nehring es in einem programmatischen Artikel auf den Punkt brachte: »Hier draußen aber ist alles anders [als im Reich]. Hier steht nichts auf dem Papier. Hier gilt nur die Tat. Hier kann auch keiner sagen, etwas ginge ihn nichts an, weil es nicht zu seiner ›Zuständigkeit‹ gehöre. Lieber Freund, wo du stehst, steht das Reich! Alles geht dich an, was um dich

72 Brief von H. Doering an seine Frau und seine Mutter, 10.2.1943.

73 Brief von H. Doering an seine Mutter, 30.7.1942. Ähnlich die Briefe Doerings vom 9.7.1942, 21.7.1942, 19.10.1942 u. 26.10.1942.

74 Brief von H. Doering an seine Frau und seine Mutter, 5.2.1943. Ähnlich: Asbach, Krakau, Bl. 72 u. 85.

75 Der Kreishauptmann von Stryj, Dewitz, in einer Ansprache am 20.6.1943, DTB, IfZ, Fb 105/30, Bl. 7466.

76 Joachim Nehring, Dienst im Osten, in: Krakauer Zeitung Nr. 136, 11.6.1940. Das folgende Zitat ebenda.

geschieht, und jeder Pole sieht in dir das Reich. Darum gibt es hier nur eine einzige Begrenzung deiner ›Zuständigkeit‹: die Interessen des Reiches […].« Tatkräftige Pioniere, frei von bürokratischem Regelungseifer und Zuständigkeitsdünkel, sollten »im Osten« gestalten und an die immer wieder betonten historischen deutschen Ursprünge anknüpfen.[77]

Das Pioniergefühl drückte sich vor allem in der hemmungslosen und brachialen Herrschaftspraxis aus. Darüber hinaus wollte sich aber mancher Kreishauptmann durch umfassende Bautätigkeiten ein Denkmal setzen, das von seiner »Aufbauarbeit« und »historischen Mission« zeugen sollte. Hans-Adolf Asbach machte sich in der stark vom Krieg zerstörten Kreisstadt Brzeżany an eine großangelegte städtebauliche Neuplanung. Zwei Architekten aus Dresden wurden mit der Stadtplanung und den Entwürfen für etliche dienstliche und private Gebäude beauftragt. Asbach ging es nicht in erster Linie um den Wiederaufbau zerstörter Gebäude, er sah sich und sein Vorhaben in historischen Dimensionen: »Wenn uns heute [etwa 1947] diese Pläne phantastisch anmuten, so kann ich nur erwidern, daß den Deutschen nichts unmöglich ist. […] Was also hätte mich hindern können, wie unsere deutschen Baumeister des Mittelalters in Krakau u. Warschau auch jetzt wieder großzügig zu planen u. zu bauen und aus meiner Stadt Brzezany ein architektonisches Kleinod des Ostens zu machen?«[78]

Für seine Baupläne wählte Asbach einen Stadtteil, in dem noch gut erhaltene Häuser von Juden standen. Einige leicht beschädigte Häuser erklärte er zu Ruinen und ließ sie abreißen, auch unbeschädigte Häuser mussten seinen Plänen weichen. Für die Realisierung seiner städteplanerischen Visionen griff Asbach auf eine Kontributionszahlung des Judenrates zurück, die dieser für die Freilassung von rund 600 verhafteten Juden geleistet hatte. Die gefangenen Juden wurden entgegen Asbachs Zusage aber nicht freigelassen, sondern abtransportiert und wenige Kilo-

77 Ebenda; Frank auf einer Arbeitstagung der Landräte des Distrikts Krakau am 8.11.1939, DTB, IfZ, Fb 105/1, Bl. 40; dies entsprach dem Selbstbild vieler Kreishauptleute: Lagebericht des Kreishauptmanns des Kreises Biała-Podlaska, 11.12.1940, IfZ, MA 158/1, Fasz. 20; Brief von H. Doering an seine Mutter, 5.5.1942; Jaslo, S. 6; Asbach, Krakau, Bl. 118. Zur Bezugnahme auf deutsche Ursprünge in Polen vgl. Grundmann, Führer, S. 7-36; Kurtz, Führer, S. 15-32; Baedeker, Generalgouvernement, passim; Gollert, Aufbauarbeit, S. 140.

78 Asbach, Krakau, Bl. 117. Hier in der Ursprungsfassung. Später versuchte Asbach, durch Streichungen und Ergänzungen seinen Bauvorhaben nachträglich einen etwas anderen Charakter zu verleihen.

meter von Brzeżany entfernt ermordet.[79] Heinz Ehaus ließ sich von jüdischen Zwangsarbeitern eine beschlagnahmte private Villa umbauen. In der Umgebung seiner neuen Residenz und des Sitzes der Kreishauptmannschaft, der Kreisburg, ließ er etliche Häuser sprengen. Später mussten alle Polen die bei der Kreisburg verbliebenen Häuser räumen, da dort nur noch Deutsche wohnen sollten.[80] Für die größten Städte des Generalgouvernements, Warschau und Krakau, wurden ebenfalls umfassende Neuordnungspläne erstellt, die während des Krieges in ersten Ansätzen stecken blieben.[81]

Flächendeckend begannen die Kreishauptleute bereits während des Krieges mit der Einrichtung der sogenannten »Deutschen Häuser« und der Bildung deutscher Wohnbezirke. Sie waren ein Element der rigiden Trennungspolitik, deren Ziel zwei weitgehend voneinander abgeschottete Lebenswelten von Polen und Deutschen waren. Bei diesen Maßnahmen ging es den deutschen Planern nicht alleine um die Stärkung der Gemeinschaft der Deutschen und ihre gegenseitige soziale Kontrolle, »sondern es sind Massnahmen, die bewusst und mit dem alleinigen Ziel angesetzt werden, das Deutschtum hier unter allen Umständen reinzuerhalten«[82]. Schon früh ging man in vielen Städten daran, deutsche Wohnbezirke zu planen und in die Tat umzusetzen. Für die polnische und jüdische Bevölkerung war dies mit der Ausweisung aus ihren Wohnungen und umfassenden Umsiedlungen verbunden. Den Deutschen blieben die besten Häuser und Wohnungen vorbehalten.[83]

Im Distrikt Warschau wurde für jede Kreisstadt ein deutscher Wohn- und Siedlungsbezirk geplant, dessen Zentrum der Sitz des Kreishauptmanns am Marktplatz sein sollte. Um diesen Platz herum, der für Kund-

79 Vernehmung von Werner Becker, 15.6.1965, BAL, B 162/202 AR-Z 76/61, Bd. 2, Bl. 469; Vernehmung von H.-R.K., 18.6.1965, ebenda, Bl. 506; Vernehmung von L.G., 13.7.1965, ebenda, Bd. 4, Bl. 697; Vernehmung von E.Sch., 16./17.3.1966, ebenda, Bd. 7, Bl. 1345 f.

80 Vernehmung von M.H., 12.1.1963, BAL, B 162/206 AR-Z 288/60, Bd. 5, Bl. 1555; Kotula, Losy Żydów, S. 57, 92 u. 102.

81 Vgl. Klain, Warschau, S. 294 ff.; Szarota, Warschau, S. 309 f. Zu Krakau vgl. Stadt Krakau 26. Oktober 1939-1941, IPN, NTN 286, Bl. 37 ff.

82 Stadt Krakau 26. Oktober 1939-1941, IPN, NTN 286, Bl. 14.

83 Ebenda; Biuletyn Informacyjny, 28.06.1940, 20.09.1940, 30.2.1941, in: Biuletyn Informacyjny, część I, S. 185, 269 u. 423; Der Kreishauptmann, Lagebericht für den Monat Januar 1941, 30.1.1941, BAL, B 162/Dok.-Slg., Ordn. Polen 347, Bl. 278; Lagebericht des Kreishauptmanns des Kreises Sochaczew-Błonie für Januar 1941, 20.2.1941, ebenda, Bl. 356; Kotula, Losy Żydów, S. 85 u. 102; Rybicki, Pod znakien, S. 74 u. 173 ff.; Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, S. 20.

gebungen und Truppenbewegungen geeignet sein sollte, plante man die Ansiedlung öffentlicher Bauten der Partei, anderer staatlicher und kommunaler Behörden, Gemeinschafts- und Versammlungsräume sowie Hotels. Daran anschließend beabsichtigte man, deutsche Siedlungshäuser zu gruppieren, in deren Nähe die Schulen, das HJ- und BDM-Heim und Sportanlagen vorgesehen waren. Den Geschäften war ein gesonderter Stadtteil vorbehalten. Generös heißt es am Ende der Beschreibung deutscher Wohn- und Siedlungsplanung: »Abseits vom deutschen Mittelpunkt der Stadt soll den Polen ein Wohnviertel verbleiben.«[84] Juden waren bei der Planung bereits nicht mehr vorgesehen.

Neben der Konzentration der Deutschen und der Schaffung angemessener Wohnverhältnisse, deren Fehlen häufig bemängelt wurde, sahen die Besatzer diese Planungen zugleich als wahrhaft historische Sendung und »kulturelle Tat« in der Tradition der Ordensritter und der Hanse. So sollte ihre Siedlungspolitik »auf Jahrhunderte hinaus von der Blütezeit des Nationalsozialismus Zeugnis ablegen«. Zentrales Element der Betreuung der Reichsdeutschen im Generalgouvernement war die Einrichtung der sogenannten »Deutschen Häuser«, die nach und nach in allen Kreisstädten eröffneten. Sie dienten als Gaststätte und Kasino, wo die am Ort tätigen Deutschen ihre Mahlzeiten einnehmen konnten. Zudem sollte mit der Einrichtung von Spielzimmern, Bibliotheken, Musikräumen etc. für eine abwechslungsreichere Freizeitgestaltung und die Befriedigung kultureller Bedürfnisse der wenigen Reichsdeutschen in den polnischen Provinzstädten gesorgt werden.[85]

Solche Bequemlichkeiten und die teilweise komfortablen Lebensverhältnisse konnten das öde Leben auf dem platten Land oft nur mäßig attraktiver machen; in erster Linie war der Alltag vom Dienst beherrscht. In der Freizeit war man entweder alleine oder traf vielfach mit den immer gleichen Personen zusammen, mit denen man tagsüber zusammenarbeitete. Die große Masse der Bevölkerung war den deutschen Funktionären feindlich gesinnt, so dass die Deutschen auf ihren kleinen Kreis vor Ort angewiesen und eingeschränkt waren. Erschwerend kam für manche hinzu, dass sie fernab ihrer Familien leben mussten. Angesichts dieser Um-

84 Gollert, Zwei Jahre Aufbauarbeit, S. 144. Das folgende Zitat ebenda, S. 145.

85 Lagebericht des Kreishauptmanns des Kreises Łowicz, 20.6.1940, BAL, B 162/Dok.-Slg., Ordn. Polen 348, Bl. 632; Lagebericht des Kreishauptmanns Busko für Monat Juli 1940, 6.8.1940, BAB, R 52 III/23, Bl. 66; Der Kreishauptmann des Kreises Opatów, Lagebericht für Oktober 1940, 7.11.1940, BAB, R 52 III/25, Bl. 27; Der Kreishauptmann des Kreises Tomaszów, Lagebericht für die Monate September und Oktober 1940, 12.11.1940, ebenda, Bl. 52; Jaslo, S. 23 f.